

## Datenband

zur länderspezifischen Aufbereitung der Monitoring-Befragung 2019 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ für Bayern

## Impressum

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.  
Zeilweg 42  
60439 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, Dezember 2019

## Autor/innen

Sara Dallmann  
Julia Hallmann  
Marius Hilker  
Anna Korn  
Jan Saßmannshausen  
Dr. Irina Volf  
unter Mitarbeit von Max Waibel und Dirk Netter

Bildnachweis:  
[eskemar.photocase.com](http://eskemar.photocase.com)

# Inhalt

<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>III</b>
<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>IV</b>
<b>1 Einführung</b>	<b>1</b>
<b>2 Methodische Umsetzung</b>	<b>6</b>
<b>3 Ergebnisse der länderspezifischen Auswertung des prozessbegleitenden Monitorings der Partnerschaften für Demokratie</b>	<b>8</b>
3.1 Standorte und Rahmenbedingungen	8
3.1.1 Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Beteiligung	9
3.1.2 Bedrohungslagen	16
3.1.2.1 Situationen der Anfeindung bei engagierten Akteur/innen	16
3.1.2.1.1 Anfeindungen gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur/innen	19
3.1.2.1.2 Anfeindungen gegenüber Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung	21
3.1.2.2 Art der Situationen der Anfeindung	23
3.1.2.2.1 Anfeindungen gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungsstelle	23
3.1.2.3 Bedrohungslage in der Förderregion allgemein	24
3.1.2.3.1 Demokratiefeindliche Akteur/innen	24
3.1.2.3.2 Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit	30
3.1.2.3.3 Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen	38
3.1.2.4 Umgang mit Bedrohungen	45
3.2 Implementierung zentraler Gremien	47
3.2.1 Koordinierungs- und Fachstellen	47
3.2.1.1 Ansiedelung und Trägerart	47
3.2.1.1.1 Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen	48
3.2.1.1.2 Ansiedelung des federführenden Amtes der externen Koordinierungs- und Fachstellen	49
3.2.1.1.3 Ansiedelung der internen Koordinierungs- und Fachstellen	50
3.2.1.2 Personelle Ausstattung	51
3.2.1.2.1 Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen	51
3.2.1.2.2 Zeitliche Begleitung durch dienstälteste/n Koordinator/in	52
3.2.2 Begleitausschüsse	54
3.2.2.1 Vertretene Gesellschaftsbereiche	54

3.2.2.2	Im Begleitausschuss vertretene Akteursgruppen und Bedarfe an der Einbindung weiterer Gruppen	57
3.2.2.2.1	In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen	57
3.2.2.2.2	Personen/Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind	58
3.2.2.3	Intensität des Engagements des Begleitausschusses in verschiedenen Bereichen	60
3.2.3	Jugendforen	63
3.2.3.1	Existenz eines Jugendforums	63
3.2.3.1.1	Stand und Umsetzung der Implementierung der Jugendforen - Anknüpfung an bestehende Strukturen	64
3.2.3.2	Jugendpartizipation in den Partnerschaften für Demokratie	69
3.2.3.2.1	Aufgaben des Jugendforums	69
3.2.3.2.2	Beteiligung der Jugendlichen im Rahmen des politischen Prozesses der Partnerschaften für Demokratie	71
3.2.3.2.3	Mitbestimmung durch Jugendliche	73
3.3	Geförderte Projekte und Initiativen	75
3.3.1	Zielgruppen der Projekte und Initiativen	75
3.3.2	Projekte und Initiativen differenziert nach Arbeitsschwerpunkten	77
3.3.3	Projekte und Initiativen differenziert nach Fonds	79
3.4	Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit	81
3.4.1	Formate der Öffentlichkeitsarbeit	81
3.4.2	Kenntnisse über und Vernetzung mit weiteren (Programm-)Akteuren	84
3.4.2.1	Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen	84
3.5	Integrierte Handlungsstrategie	92
3.5.1	Einschätzung zum Entstehungsprozess der integrierten Handlungsstrategie	92
3.5.2	Arbeitsschwerpunkte der Partnerschaften für Demokratie	94
3.6	Unterstützungsangebote für Koordinator/innen	96
3.6.1	Inhaltliche Schwerpunkte der Unterstützungsbedarfe	102

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Themenbereiche für die länderspezifische Auswertung des Monitorings der Partnerschaften für Demokratie	2
Abbildung 2:	Bayern: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: "In unserer Förderregion gibt es..."	15
Abbildung 3:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft zum Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen	18
Abbildung 4:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft zum Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen	20
Abbildung 5:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft zum Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen	22
Abbildung 6:	Durchschnittliche Tätigkeitsdauer der/des dienstälteste/n Koordinator/in in der Koordinierungs- und Fachstelle in Jahren	53
Abbildung 7:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen	56
Abbildung 8:	Bayern: Intensität des Begleitausschusses in verschiedenen Aufgabenbereichen (Mittelwerte)	62
Abbildung 9:	Etablierungskontext des Jugendforums	65
Abbildung 10:	Bayern: (Geplante) Aktivitäten zur Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit für das Jahr 2019	83
Abbildung 11:	Bayern: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2019 bearbeitet werden	95

# Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Regionale Verteilung aller Partnerschaften für Demokratie	8
Tabelle 2:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: "In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen"	9
Tabelle 3:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: "In unserer Förderregion gibt es einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur/innen"	11
Tabelle 4:	Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: "In unserer Förderregion gibt es eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden können"	13
Tabelle 5:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen	16
Tabelle 6:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft zum Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen	19
Tabelle 7:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft zum Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen	21
Tabelle 8:	Gesamt: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Art der Tathandlungen bzw. Straftaten in Situationen der Anfeindung gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	23
Tabelle 9:	Bayern: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Art der Tathandlungen bzw. Straftaten in Situationen der Anfeindung gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	23
Tabelle 10:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. "PEGIDA", "Pro"-Bewegungen) waren im 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 in unserer Förderregion aktiv	24
Tabelle 11:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“) waren im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 in unserer Förderregion aktiv	25
Tabelle 12:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“) waren im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 in unserer Förderregion aktiv	26

Tabelle 13:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen) waren im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 in unserer Förderregion aktiv	27
Tabelle 14:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“) waren im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 in unserer Förderregion aktiv	28
Tabelle 15:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus) waren im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 in unserer Förderregion aktiv	29
Tabelle 16:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert	30
Tabelle 17:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur/innen verdrängt (z. B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt)	31
Tabelle 18:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z. B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“)	32
Tabelle 19:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur/innen gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen	33
Tabelle 20:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt	34
Tabelle 21:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich	35
Tabelle 22:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt	36
Tabelle 23:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar	37
Tabelle 24:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie	38
Tabelle 25:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Demonstrationen und Protestkundgebungen	39
Tabelle 26:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Wortergreifung bei und Störung von Veranstaltungen	40

Tabelle 27:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (z. B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume)	41
Tabelle 28:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Zusammenschluss zuwanderungskritischer Akteur/innen in Aktionsgruppen und/oder Bürgerinitiativen	42
Tabelle 29:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Hate Speech im Netz	43
Tabelle 30:	Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Einschlägige Freizeitveranstaltungen und Angebote (z. B. Konzerte, Feste)	44
Tabelle 31:	Zusammenarbeit mit Mobilien Beratungen gegen Rechtsextremismus	45
Tabelle 32:	Zusammenarbeit mit Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Opferberatung)	46
Tabelle 33:	Externe oder interne Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen	47
Tabelle 34:	Gesamt: Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen	48
Tabelle 35:	Bayern: Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen	48
Tabelle 36:	Ansiedlung des federführenden Amtes der Partnerschaften für Demokratie mit externen Koordinierungs- und Fachstellen	49
Tabelle 37:	Ansiedlung der internen Koordinierungs- und Fachstellen	50
Tabelle 38:	Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen	51
Tabelle 39:	Tätigkeitsdauer der/des dienstälteste/n Koordinator/in in der Koordinierungs- und Fachstelle	52
Tabelle 40:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen	54
Tabelle 41:	Gesamt: In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen	57
Tabelle 42:	Bayern: In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen	57
Tabelle 43:	Gesamt: Personen/Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind	58
Tabelle 44:	Bayern: Personen/Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind	59
Tabelle 45:	Intensität des Begleitausschusses in verschiedenen Aufgabenbereichen (Mittelwerte)	60



Tabelle 46:	Existenz eines Jugendforums	63
Tabelle 47:	Etablierungskontext des Jugendforums	64
Tabelle 48:	Etablierungskontext des Jugendforums (Kommunen)	66
Tabelle 49:	Etablierungskontext des Jugendforums (Landkreise)	67
Tabelle 50:	Etablierungskontext des Jugendforums (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)	68
Tabelle 51:	Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung bei konstituiertem Jugendforum (Anteil der „Ja“-Antworten)	69
Tabelle 52:	Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses (Anteil der „Ja“- Antworten)	71
Tabelle 53:	Stimmrecht von Mitgliedern der Jugendforen in Begleitausschüssen	73
Tabelle 54:	Eigenständige Entscheidung der Mitglieder des Jugendforums über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds	74
Tabelle 55:	Gesamt: Zielgruppen der im Jahr 2018 geförderten Projekte/Initiativen	75
Tabelle 56:	Bayern: Zielgruppen der im Jahr 2018 geförderten Projekte/Initiativen	76
Tabelle 57:	Gesamt: Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2018 differenziert nach Schwerpunkten	77
Tabelle 58:	Bayern: Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2018 differenziert nach Schwerpunkten	78
Tabelle 59:	Bewilligte Projekte/Initiativen aus Mitteln des Bundesprogramms im Jahr 2018 differenziert nach spezifischer Finanzierungsquelle	79
Tabelle 60:	Gesamt: (Geplante) Aktivitäten zur Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit für das Jahr 2019	81
Tabelle 61:	Bayern: (Geplante) Aktivitäten zur Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit für das Jahr 2019	82
Tabelle 62:	Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen: Andere Partnerschaft(en) für Demokratie aus der gleichen Region	84
Tabelle 63:	Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen: Andere Partnerschaft(en) für Demokratie über die eigene Region hinaus	85
Tabelle 64:	Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen: Landeskoordinator/in der Demokratiezentren/Beratungsnetzwerke	86
Tabelle 65:	Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen: Mobile Berater/in	87
Tabelle 66:	Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen: Opferberater/in	88
Tabelle 67:	Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen: Ausstiegsberater/in	89
Tabelle 68:	Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen: Träger von Modellprojekten	90
Tabelle 69:	Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen: NGOs in der Strukturförderung zum bundeszentralen Träger	91

Tabelle 70:	Einschätzung zum Entstehungsprozess der integrierten Handlungsstrategie: Die integrierte Handlungsstrategie ist das Ergebnis eines intensiven Austauschprozesses im Begleitausschuss bzw. der Demokratiekonferenz.	92
Tabelle 71:	Gesamt: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2019 bearbeitet werden	94
Tabelle 72:	Bayern: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2019 bearbeitet werden	94
Tabelle 73:	Wahrnehmung von Veranstaltungen des Fachforums	96
Tabelle 74:	Wahrnehmung vom Weiterbildungsangebot für die Koordinierungs- und Fachstellen der Bundeszentrale für Politische Bildung, Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und Parts Gesellschaft für soziale Praxis und Projekte mbH	97
Tabelle 75:	Wahrnehmung von Coaching	98
Tabelle 76:	Wahrnehmung von Beratung/Unterstützung durch die Servicestelle des BAFzA in der Beantragung, Verwaltung und Abrechnung von Fördermitteln	99
Tabelle 77:	Wahrnehmung von Material- und Dokumentenarchiv der IDA-Datenbank	100
Tabelle 78:	Wahrnehmung von Landesvernetzungstreffen für die Partnerschaften für Demokratie	101
Tabelle 79:	Gesamt: Inhaltliche Themenstellungen, zu denen sich die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle Fortbildungsangebote wünschen	102
Tabelle 80:	Bayern: Inhaltliche Themenstellungen, zu denen sich die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle Fortbildungsangebote wünschen	103
Tabelle 81:	Gesamt: Inhaltliche Themenstellungen, zu denen sich die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle kollegiale Beratung wünschen	104
Tabelle 82:	Bayern: Inhaltliche Themenstellungen, zu denen sich die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle kollegiale Beratung wünschen	104
Tabelle 83:	Gesamt: Inhaltliche Themenstellungen, zu denen die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle kollegiale Beratung anbieten können	105
Tabelle 84:	Bayern: Inhaltliche Themenstellungen, zu denen die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle kollegiale Beratung anbieten können	105

# 1 Einführung

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS-Frankfurt a. M.) ist im Rahmen von „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ mit der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie betraut.

Einen zentralen Bestandteil der Wissenschaftlichen Begleitung stellt das prozessbegleitende Monitoring dar. Die jährlich stattfindende Online-Befragung dient dazu, eine fundierte Entscheidungsgrundlage für die Reflexion und die Fortschreibung des Bundesprogramms sicherzustellen. Auf dem 5. Bund-Länder-Treffen des Programms „Demokratie leben!“ im September 2016 hat das ISS-Frankfurt a. M. ausgewählte Ergebnisse des Monitorings vorgestellt. Dabei wurden seitens der Anwesenden Bedarfe nach einer länderspezifischen Aufbereitung geäußert. Der vorliegende Bericht greift diese Bedarfe in Form eines Datenbandes nun zum dritten Mal auf und vermittelt vergleichbare Informationen zu den Förderstandorten der 16 Bundesländer.<sup>1</sup>

Die Inhalte des Datenbandes wurden im Rahmen eines gemeinsamen Workshops mit Vertreter/innen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bzw. der Landesdemokratiezentren festgelegt. Zur Vorbereitung erhielten die Teilnehmenden ein Dokument, welches die wesentlichen Charakteristika sowie zentrale Inhalte des prozessbegleitenden Monitorings konturiert. Auf dieser Grundlage wurden am 12. Juni 2017 mögliche Themenbereiche diskutiert und im Rahmen eines partizipativen Verfahrens konkrete Bestandteile des Berichts identifiziert. Am Folgetag wurde das Erkenntnisinteresse der Teilnehmenden konkretisiert und darüber hinaus Inhalte ausgewählt, zu denen das ISS-Frankfurt a. M. Abbildungen bereitstellt.

Das Ergebnis dieses Abstimmungsprozesses ist Abbildung 1<sup>2</sup> zu entnehmen. Der Datenband orientiert sich in Struktur und Darstellung weitgehend an den erkenntnisleitenden Fragestellungen.

---

1 Der vorliegende Datenband beinhaltet eine weiterführende bzw. länderspezifische Aufbereitung ausgewählter Ergebnisse des prozessbegleitenden Monitorings. Darüber hinaus werden die zentralen Erkenntnisse der Wissenschaftlichen Begleitung in separaten Berichten ausführlich dargestellt und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend jährlich zur Verfügung gestellt.

2 Die neun Teilnehmenden des ersten Workshop-Tages hatten bis zu 20 Stimmen, um jene Themen zu markieren, die in jedem Fall in der länderspezifischen Auswertung Berücksichtigung finden sollen. Die Anzahl der Stimmen pro inhaltlichem Bereich ist jeweils in Klammern abgetragen.

Jene inhaltlichen Bereiche, zu denen neben Tabellen auch Abbildungen erstellt wurden, sind in der Abbildung farblich markiert. Fünf Bereiche wurden bereits im Rahmen des Workshops mit den Teilnehmenden festgelegt, die Auswahl der restlichen drei Bereiche erfolgte durch das ISS-Frankfurt a. M.

Zu einigen identifizierten Fragestellungen war es dem ISS-Frankfurt a. M. nicht möglich, Auswertungen zu erstellen. Die Gründe hierfür sind an den entsprechenden Stellen in Abbildung 1 in Fußnoten erläutert.

**Abbildung 1: Themenbereiche für die länderspezifische Auswertung des Monitorings der Partnerschaften für Demokratie**

DIMENSION	INHALTE	ERKENNTNISINTERESSE/ FRAGESTELLUNGEN	ABSCHNITT
MERKMALE DER FÖRDERREGIONEN	Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Beteiligung (6)	Differenzierung der Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Beteiligung nach Verwaltungseinheit <sup>3</sup>	3.1.1
	Bedrohungslagen (4)	Finden Übergriffe/Bedrohungen auf engagierte Akteure statt? (differenziert nach Politik, Zivilgesellschaft und Koordinator/innen)	3.1.2.1
		In welcher Form stellen sich die Übergriffe/Bedrohungen dar?	3.1.2.2
		Wie gestaltet sich allgemein die Bedrohungslage in der Förderregion? Welche Vorkommnisse vor Ort gibt es?	3.1.2.3
		Umgang mit Bedrohungen? Wer ist eingebunden?	3.1.2.4
KOORDINIERUNGS- UND FACHSTELLE	Personal (Anzahl Personen, Bildungsniveau, Stellenanteile, Dauer der Tätigkeit) (4)	Wie viele Personen sind in welchem Umfang in den Koordinierungs- und Fachstellen beschäftigt?	3.2.1.2.1
		Erfahrung der Koordinator/innen (Dauer der Tätigkeit)	3.2.1.2.2
	Unterstützungs-bedarfe (Formate wie Coaching, Fachaustausche, Fort- und Weiterbildungen sowie inhaltliche Themenstellungen) (5)	Welche konkreten inhaltlichen Unterstützungsbedarfe werden seitens der Koordinator/innen geäußert (differenziert nach Formaten)?	3.6.1
		Welche bundesweiten, welche länderspezifischen Bedarfe gibt es? <sup>4</sup>	3.6.1
	Trägerart der Koordinierungs- und Fachstellen (3)	Bei welchem Träger ist die externe Koordinierungs- und Fachstelle angesiedelt? (differenziert nach kommunaler/freier Trägerschaft; Handlungsfelder und Merkmalen, z. B. religiöse Organisationen, Migrant/innenorganisationen) <sup>5</sup>	3.2.1.1.1 bis 3.2.1.1.1
		In welchem Amt ist die interne Koordinierungs- und Fachstelle angesiedelt?	3.2.1.1.3
		In welchem Amt ist das federführende Amt der Partnerschaft für Demokratie angesiedelt?	3.2.1.1.2

3 Die Differenzierung nach Verwaltungseinheiten für die einzelnen Bundesländer war aufgrund der geringen Fallzahlen nicht sinnvoll.

4 In diesem Jahr wurden anstelle der inhaltlichen Bereiche, zu denen die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern, inhaltliche Themenstellungen für etwaige Fortbildungsangebote erhoben.

5 Der weltanschauliche Bezug der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen wurde in diesem Jahr nicht erhoben.

BEGLEITAUSSCHUSS	Vertretene Gesellschaftsbereiche (z. B. Politik, Verwaltung Zivilgesellschaft, inkl. Vertretung der Jugendforen) (6)	Verhältnis Politik/Zivilgesellschaft/ Wirtschaft/Verwaltung	3.2.2.1
		Untersuchung des Zusammenhangs der Zusammensetzung des Begleitausschusses und der Intensität des Engagements <sup>6</sup>	
	Bedarfe an der Einbindung weiterer Akteursgruppen (3)	Welche Akteure sind im Begleitausschuss vertreten, welche fehlen?	3.2.2.2
		Welche Gesellschaftsbereiche sind nicht vertreten? (z. B. religiöse Vereinigungen)	3.2.2.1
		Welche Möglichkeiten gibt es, die Partnerschaft für Demokratie bei der Gewinnung weiterer Akteure zu unterstützen? <sup>7</sup>	
	Intensität des Engagements entlang unterschiedlicher Aufgabenbereiche (6)	Berichte von „Ermüdungserscheinungen“ und Kontroversen innerhalb des Begleitausschusses? <sup>8</sup>	
		In welchen Bereichen ist das Engagement der Begleitausschuss-Mitglieder ausbaufähig?	3.2.2.3
Gibt es alternative Formate für die Arbeit des Begleitausschusses? <sup>9</sup>			
JUGENDFORUM	Existenz und Kontinuität (inkl. Anknüpfung an bestehende Strukturen / Neuentwicklung) (6)	Wurden vorhandene Angebote der Länder zur Jugendbeteiligung (z. B. „Beteiligungswerkstätten“, „Service-stelle Beteiligung“, „Fachliche Begleitung zur Etablierung der Jugendforen“) bei der Implementierung der Jugendforen genutzt? <sup>10</sup>	
		Wurde bei der Implementierung der Jugendforen an bestehende Strukturen angeknüpft? → Wo funktioniert dies und warum? Wo nicht?	3.2.3.1
		Verweildauer der Jugendlichen in den Jugendforen? <sup>11</sup>	
		Aufwand zur „Pflege“ der Jugendforen im Verhältnis zum Gewinn für Jugendliche? <sup>12</sup>	
		Nachhaltigkeit/Verstetigung des Jugendforums? <sup>13</sup>	

6 Diese Analyse war mit den vorhandenen Daten nicht möglich.

7 Diese Analyse war mit den vorhandenen Daten nicht möglich.

8 Frage wurde bereits im Jahr 2017 beantwortet und war nicht Bestandteil der diesjährigen Monitoring-Befragung.

9 Frage mit offenen Nennungen. Eine Analyse war aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich.

10 Frage wurde bereits im Jahr 2017 beantwortet und war nicht Bestandteil der diesjährigen Monitoring-Befragung.

11 Diese Analyse war mit den vorhandenen Daten nicht möglich.

12 Diese Analyse war mit den vorhandenen Daten nicht möglich.

13 Diese Analyse war mit den vorhandenen Daten nicht möglich.

		Ist das Jugendforum Bestandteil der kommunalen Jugendförderstrategie? → Zusammenarbeit zwischen Kommune und Partnerschaft für Demokratie bei der (Weiter-)Entwicklung von Jugendbeteiligung der Förderregion? <sup>14</sup>	
	<b>Einbindung Jugendlicher in die unterschiedlichen Phasen des politischen Prozesses der Partnerschaften für Demokratie (5)</b>	Aufgaben des Jugendforums? Reines Abstimmungsgremium oder „echte Beteiligung“?	3.2.3.2.1
		Beteiligung der Jugendlichen im Rahmen des politischen Prozesses der Partnerschaft für Demokratie?	3.2.3.2.2
		Mitbestimmung → Stimmrecht der Jugendlichen Vertreter/innen im Begleitausschuss? Beteiligung in Bezug auf den Jugendfonds?	3.2.3.2.3
<b>AKTIONS- FONDS</b>	<b>Anzahl bewilligter Projekte und Initiativen (6)</b>	Anzahl bewilligter Projekte und Initiativen (differenziert nach Fonds)	3.3.3
<b>FONDS „ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND VERNETZUNG“</b>	<b>Bekanntheitsgrad der Partnerschaften (4)</b>	Unterstützungsbedarfe der Partnerschaften für Demokratie zur Erhöhung des Bekanntheitsgrades? <sup>15</sup>	
		Identifikation von Akteursgruppen, bei denen der Bekanntheitsgrad noch ausbaufähig ist <sup>16</sup>	
		Welche Formate/Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit werden bereits genutzt/durchgeführt (Pressemeldungen, Flyer, Internetauftritt...)?	3.4.1
		Existiert eine Strategie zur Öffentlichkeitsarbeit? <sup>17</sup>	
	<b>Austausch mit und Kenntnisse über Programmakteure Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren (6)</b>	Kenntnis über andere relevante (Programm-) Akteure? <sup>18</sup>	
		Formen der Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteuren – Austausch, gemeinsame Projekte, gemeinsame Strategieentwicklung?	3.4.2.1
	<b>Verankerung von Bundes- und Landesprogrammen (4)</b>	Kenntnis über und/oder Nutzung/Relevanz anderer Programme (z. B. Zusammenhalt durch Teilhabe)? Haben die Koordinator/innen Kenntnisse über Projekte/Fördermöglichkeiten vor Ort, die genutzt werden könnten? <sup>19</sup>	

14 Wird bei „Aufgaben des Jugendforums“ mit beantwortet.

JUGEND-FONDS	Anzahl bewilligter Projekte und Initiativen (5)	Anzahl bewilligter Projekte und Initiativen (differenziert nach Fonds)	3.3.3
INTEGRIERTE HANDLUNGSSTRATEGIE	(Fort-)Entwicklung der Strategie (5)	Hat eine Fortentwicklung der Strategie stattgefunden? <sup>20</sup>	
		Was war der Anlass für die Fortentwicklung der Strategie? (Woher kam der Impuls: Demokratiekonferenz, Kommune / seitens kommunaler Akteure, neue Akteure in der Partnerschaft für Demokratie/im Begleitausschuss? Gab es „inhaltliche“ Impulse zur Fortentwicklung wie z. B. politische Entscheidungen (z. B. Vorgabe nicht mehr mit Moscheen zu kooperieren), konkrete Phänomene bzw. aktuelle Entwicklungen vor Ort (z. B. Zunahme extremistisch motivierter Vorfälle), generelle gesellschaftliche Entwicklung) <sup>21</sup>	
	Anzahl der geförderten Projekte und Initiativen nach Arbeitsschwerpunkten (5)	Anzahl der geförderten Projekte- und Initiativen (differenziert nach Arbeitsschwerpunkten)	3.3.2
	Arbeitsschwerpunkte (z. B. Rechtsextremismus) (4)	Welche Arbeitsschwerpunkte bearbeiten die Partnerschaften für Demokratie?	3.5.2
	Zielgruppen der geförderten Projekte und Initiativen (4)	Anteil der Partnerschaften, die Projekte mit bestimmten Zielgruppen umsetzen	3.3.1
LEITPRINZIPIEN DES BUNDES-PROGRAMMS	Strategie zur Umsetzung der Leitprinzipien (5)	Wie werden die Leitprinzipien auf der Handlungsebene berücksichtigt? <sup>22</sup>	

Quelle: eigene Darstellung.

15 Die Unterstützungsbedarfe werden gesammelt ausgewiesen.

16 Frage mit offenen Nennungen. Eine Analyse war aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich.

17 Diese Analyse war mit den vorhandenen Daten nicht möglich.

18 Die Kenntnis über andere relevante (Programm-)akteure wurde in diesem Jahr nicht erhoben.

19 Frage wurde bereits im Jahr 2018 beantwortet und war nicht Bestandteil der diesjährigen Monitoring-Befragung.

20 Die Frage zur Fortentwicklung der Strategie wurde in diesem Jahr nicht erhoben.

21 Die Frage zum Anlass für die Fortentwicklung der Strategie wurde in diesem Jahr nicht erhoben.

22 Die Frage hinsichtlich der Berücksichtigung der Leitprinzipien auf der Handlungsebene wurde bereits im Jahr 2018 beantwortet.

## 2 Methodische Umsetzung

Das prozessbegleitende Monitoring ist als wiederholte, standardisierte Online-Befragung konzipiert, deren zentrale Untersuchungseinheiten die Partnerschaften für Demokratie darstellen. Die Befragung richtet sich an die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen (Erhebungseinheiten), welche einmal jährlich um Angaben, u. a. zu den jeweiligen Förderstandorten, gebeten werden.<sup>23</sup>

Nicht zuletzt aufgrund der hohen Zugänglichkeit der Erhebungseinheiten (Koordinator/innen)<sup>24</sup> sowie der ausgeprägten Heterogenität der Untersuchungseinheiten (Partnerschaften für Demokratie)<sup>25</sup> ist das Monitoring als Vollerhebung angelegt, d. h. es gehen sämtliche Elemente der Grundgesamtheit in die Befragung ein. Bei vollständiger Realisierung liegen also Informationen zu jeder Partnerschaft vor, die zudem nicht durch zufällige Fehler der Stichprobenziehung von den tatsächlichen Parametern abweichen, so dass die Dokumentation des Programmverlaufs mit höchstmöglicher Zuverlässigkeit vorgenommen werden kann.

Für die Durchführung der Online-Erhebung nutzte das ISS-Frankfurt a. M. das Portal „Q-SET“. Die Korrespondenz mit den Koordinator/innen erfolgte auf der Grundlage von Kontaktdaten, die durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben zur Verfügung gestellt wurden.<sup>26</sup> Der entsprechende Fragebogen war für die Befragten ebenfalls im Online-Portal abrufbar. Die Befragung begann am 18. Juni 2019 und endete mit der Realisierung der Vollerhebung am 09. August 2019.<sup>27</sup> Trotz des erprobten Verfahrens, mehrfacher Verlängerungen der Feldphase und ihrer frühzeitigen Ankündigung am 17. Mai 2019 war eine intensive Begleitung seitens des ISS-Frankfurt a. M. nötig. Unter anderem wurden eine Hotline eingerichtet, personalisierte elektronische Erinnerungen versendet und über mehrere Wochen regelmäßig telefonisch nachgefasst.

Im Anschluss an die Erhebung wurden schließlich umfassende Maßnahmen der Datenkontrolle bzw. -bereinigung durchgeführt, wie z. B. Konsistenz- und Plausibilitätsprüfungen anhand derer (logische) Widersprüche und unstimmgige Angaben identifiziert, geklärt und korrigiert werden konnten. Die erhobenen Strukturdaten wurden schließlich mit Hilfe der Statistikprogramme SPSS sowie EXCEL uni- und bivariat ausgewertet. Vorrangig wurden Häufigkeitsberechnungen durchgeführt sowie mittels Kreuztabellen Zusammenhänge zwischen Variablen bzw. Verteilungsmuster aufgezeigt.

Zu den in diesem Datenband präsentierten Daten zu den Bedrohungslagen in den Förderregionen ist anzumerken, dass diese nicht im Duktus einer Kriminalitätsstatistik zu lesen sind. Sie geben keine objektiven Daten wieder, sondern spiegeln vielmehr die Einschätzungen der Koordinator/innen als Expert/innen für ihr jeweiliges Fördergebiet zurück. Sie dokumentieren ferner nicht den aktuellen Stand der Vorkommnisse für

---

23 Befinden sich die Koordinierungs- und Fachstellen in freier Trägerschaft, wendet sich das Monitoring an die zuständigen Mitarbeiter/innen der verwaltungsexternen Einrichtung (externe Koordinierungs- und Fachstelle). Sind die Koordinierungs- und Fachstellen hingegen verwaltungsintern angesiedelt, richtet sich die Befragung an die jeweiligen Personen im federführenden Amt (interne Koordinierungs- und Fachstelle).

24 Die Elemente der Grundgesamtheit (sämtliche Partnerschaften für Demokratie) sind ebenso bekannt wie die Kontaktdaten der Erhebungseinheiten (Koordinator/innen). Darüber hinaus sind die Koordinator/innen durch die Programmsteuerung zur Unterstützung der Wissenschaftlichen Begleitung angehalten, so dass der mit Vollerhebungen üblicherweise einhergehende Aufwand weniger hoch ausfällt.

25 Z. B. mit Blick auf die Förderregionen, den hiermit einhergehenden Problem- bzw. Ressourcenlagen sowie der inhaltlichen Ausrichtung.

26 Die Kontaktdaten der jeweils zuständigen Koordinator/innen wurden durch das ISS-Frankfurt a. M. umfassend geprüft und aktualisiert.

27 Die Untersuchung bezieht sich somit auf die zum Zeitpunkt der Erhebung aktiven 300 Standorte.



das laufende Jahr 2019, sondern wurden überjährlig für den Zeitraum eines Jahres vom 01. Juli 2018 bis 30. Juni 2019 erhoben.

Der vorliegende Datenband stellt eine länderspezifische Aufbereitung der von den Teilnehmenden des Workshops identifizierten Themenbereiche des Monitorings dar. Da in Bremen lediglich drei Partnerschaften für Demokratie verortet sind, ist hier unter Umständen in einigen Auswertungen die Anonymität der Befragten nicht mehr gewahrt. Aus diesem Grund erhält lediglich das Landesdemokratiezentrum Bremen die Auswertungen der Daten aus Bremen.

In den vorliegenden Tabellen wurden somit die Auswertungen von 15 bzw. 16 Bundesländern sowie die Gesamtauswertung aller Partnerschaften für Demokratie abgetragen. Dort, wo es aus Darstellungsgründen nicht möglich war, die Auswertungen für alle 15 bzw. 16 Bundesländer in einer Tabelle zu präsentieren, wurden einzelne Tabellen je Bundesland erstellt. Zur Erhöhung der Übersichtlichkeit enthält der Datenband in diesen Fällen jeweils nur die Tabelle des jeweiligen Bundeslandes sowie der Gesamtheit aller Partnerschaften für Demokratie. Selbiges gilt für die Abbildungen.

### 3 Ergebnisse der länderspezifischen Auswertung des prozessbegleitenden Monitorings der Partnerschaften für Demokratie

#### 3.1 Standorte und Rahmenbedingungen

**Tabelle 1: Regionale Verteilung aller Partnerschaften für Demokratie**

	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg	28	9 %
Bayern	26	9 %
Berlin	16	5 %
Brandenburg	18	6 %
Hamburg	8	3 %
Hessen	31	10 %
Mecklenburg-Vorpommern	19	6 %
Niedersachsen	22	7 %
Nordrhein-Westfalen	36	12 %
Rheinland-Pfalz	17	6 %
Saarland	5	2 %
Sachsen	21	7 %
Sachsen-Anhalt	21	7 %
Schleswig-Holstein	6	2 %
Thüringen	23	8 %
Gesamt	300	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

### 3.1.1 Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Beteiligung

**Tabelle 2: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: "In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen"**

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Baden-Württemberg (n=28)	0	0 %	0	0 %	1	4 %	7	25 %	19	68 %	1	4 %
Bayern (n=26)	1	4 %	0	0 %	1	4 %	5	19 %	19	73 %	0	0 %
Berlin (n=16)	1	6 %	0	0 %	1	6 %	4	25 %	10	63 %	0	0 %
Brandenburg (n=18)	0	0 %	0	0 %	2	11 %	4	22 %	11	61 %	1	6 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	0	0 %	0	0 %	1	13 %	7	88 %	0	0 %
Hessen (n=31)	1	3 %	3	10 %	3	10 %	9	29 %	15	48 %	0	0 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	1	5 %	1	5 %	6	32 %	6	32 %	5	26 %	0	0 %
Niedersachsen (n=22)	1	5 %	1	5 %	3	14 %	7	32 %	10	45 %	0	0 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	0	0 %	2	6 %	6	17 %	7	19 %	20	56 %	1	3 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	0	0 %	4	24 %	1	6 %	4	24 %	7	41 %	1	6 %
Saarland (n=5)	0	0 %	0	0 %	3	60 %	1	20 %	1	20 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	0	0 %	1	5 %	3	14 %	8	38 %	9	43 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	0	0 %	1	5 %	6	29 %	6	29 %	8	38 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	0	0 %	2	33 %	0	0 %	4	67 %	0	0 %

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Thüringen (n=23)	2	9 %	2	9 %	2	9 %	9	39 %	8	35 %	0	0 %
Gesamt (N=300)	7	2 %	15	5 %	41	14 %	78	26 %	155	52 %	4	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 3: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: "In unserer Förderregion gibt es einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur/innen"**

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Baden-Württemberg (n=28)	0	0 %	2	7 %	2	7 %	10	36 %	12	43 %	2	7 %
Bayern (n=26)	0	0 %	1	4 %	8	31 %	10	38 %	6	23 %	1	4 %
Berlin (n=16)	1	6 %	2	13 %	3	19 %	7	44 %	3	19 %	0	0 %
Brandenburg (n=18)	0	0 %	1	6 %	8	44 %	8	44 %	0	0 %	1	6 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	0	0 %	3	38 %	2	25 %	3	38 %	0	0 %
Hessen (n=31)	0	0 %	3	10 %	11	35 %	12	39 %	3	10 %	2	6 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	0	0 %	5	26 %	7	37 %	6	32 %	1	5 %	0	0 %
Niedersachsen (n=22)	0	0 %	3	14 %	7	32 %	7	32 %	4	18 %	1	5 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	0	0 %	4	11 %	9	25 %	10	28 %	11	31 %	2	6 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	0	0 %	1	6 %	6	35 %	3	18 %	6	35 %	1	6 %
Saarland (n=5)	0	0 %	0	0 %	2	40 %	3	60 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	0	0 %	5	24 %	7	33 %	6	29 %	3	14 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	0	0 %	2	10 %	10	48 %	7	33 %	2	10 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	0	0 %	2	33 %	1	17 %	3	50 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	3	13 %	4	17 %	13	57 %	2	9 %	1	4 %	0	0 %

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Gesamt (N=300)	4	1 %	34	11 %	98	33 %	95	32 %	59	20 %	10	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 4: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: "In unserer Förderregion gibt es eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden können"**

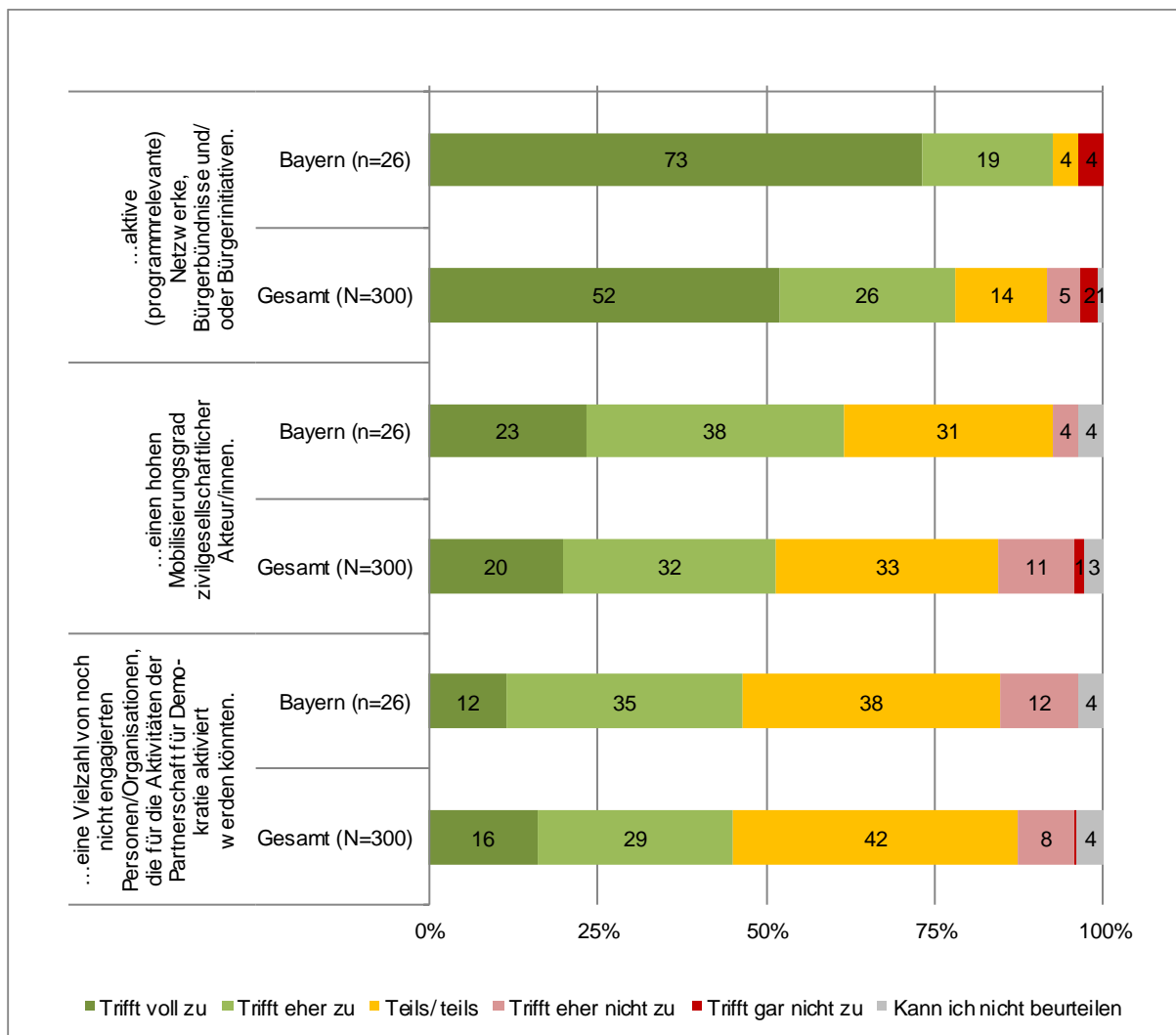
	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Baden-Württemberg (n=28)	0	0 %	0	0 %	14	50 %	6	21 %	5	18 %	3	11 %
Bayern (n=26)	0	0 %	3	12 %	10	38 %	9	35 %	3	12 %	1	4 %
Berlin (n=16)	1	6 %	1	6 %	4	25 %	6	38 %	4	25 %	0	0 %
Brandenburg (n=18)	0	0 %	0	0 %	13	72 %	2	11 %	2	11 %	1	6 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	0	0 %	3	38 %	5	63 %	0	0 %	0	0 %
Hessen (n=31)	0	0 %	4	13 %	14	45 %	6	19 %	5	16 %	2	6 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	0	0 %	3	16 %	10	53 %	4	21 %	2	11 %	0	0 %
Niedersachsen (n=22)	0	0 %	1	5 %	9	41 %	6	27 %	4	18 %	2	9 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	0	0 %	0	0 %	11	31 %	18	50 %	5	14 %	2	6 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	0	0 %	1	6 %	8	47 %	3	18 %	4	24 %	1	6 %
Saarland (n=5)	0	0 %	0	0 %	2	40 %	1	20 %	1	20 %	1	20 %
Sachsen (n=21)	0	0 %	4	19 %	9	43 %	6	29 %	2	10 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	0	0 %	2	10 %	5	24 %	10	48 %	4	19 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	1	17 %	3	50 %	20	0 %	2	33 %	0	0 %

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Thüringen (n=23)	0	0 %	5	22 %	10	43 %	2	9 %	6	26 %	0	0 %
Gesamt (N=300)	1	0 %	25	8 %	126	42 %	86	29 %	49	16 %	13	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).



**Abbildung 2: Bayern: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: "In unserer Förderregion gibt es..."**



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

### 3.1.2 Bedrohungslagen

#### 3.1.2.1 Situationen der Anfeindung bei engagierten Akteur/innen

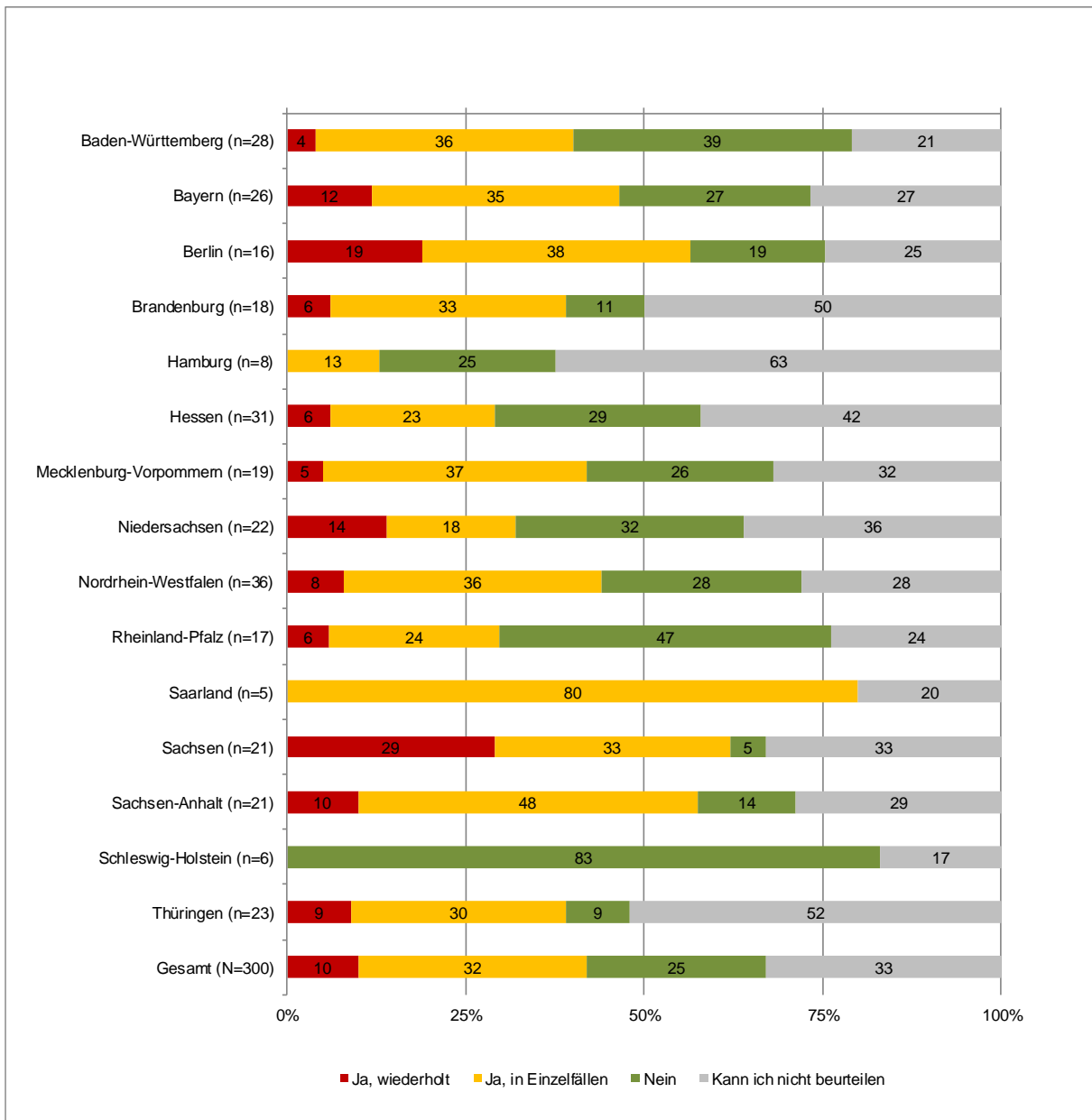
**Tabelle 5: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen**

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	1	4 %	10	36 %	11	39 %	6	21 %
Bayern (n=26)	3	12 %	9	35 %	7	27 %	7	27 %
Berlin (n=16)	3	19 %	6	38 %	3	19 %	4	25 %
Brandenburg (n=18)	1	6 %	6	33 %	2	11 %	9	50 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	1	13 %	2	25 %	5	63 %
Hessen (n=31)	2	6 %	7	23 %	9	29 %	13	42 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	1	5 %	7	37 %	5	26 %	6	32 %
Niedersachsen (n=22)	3	14 %	4	18 %	7	32 %	8	36 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	3	8 %	13	36 %	10	28 %	10	28 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	1	6 %	4	24 %	8	47 %	4	24 %
Saarland (n=5)	0	0 %	4	80 %	0	0 %	1	20 %
Sachsen (n=21)	6	29 %	7	33 %	1	5 %	7	33 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	2	10 %	10	48 %	3	14 %	6	29 %

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	0	0 %	5	83 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	2	9 %	7	30 %	2	9 %	12	52 %
Gesamt (N=300)	29	10 %	97	32 %	75	25 %	99	33 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Abbildung 3: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft zum Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen**



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

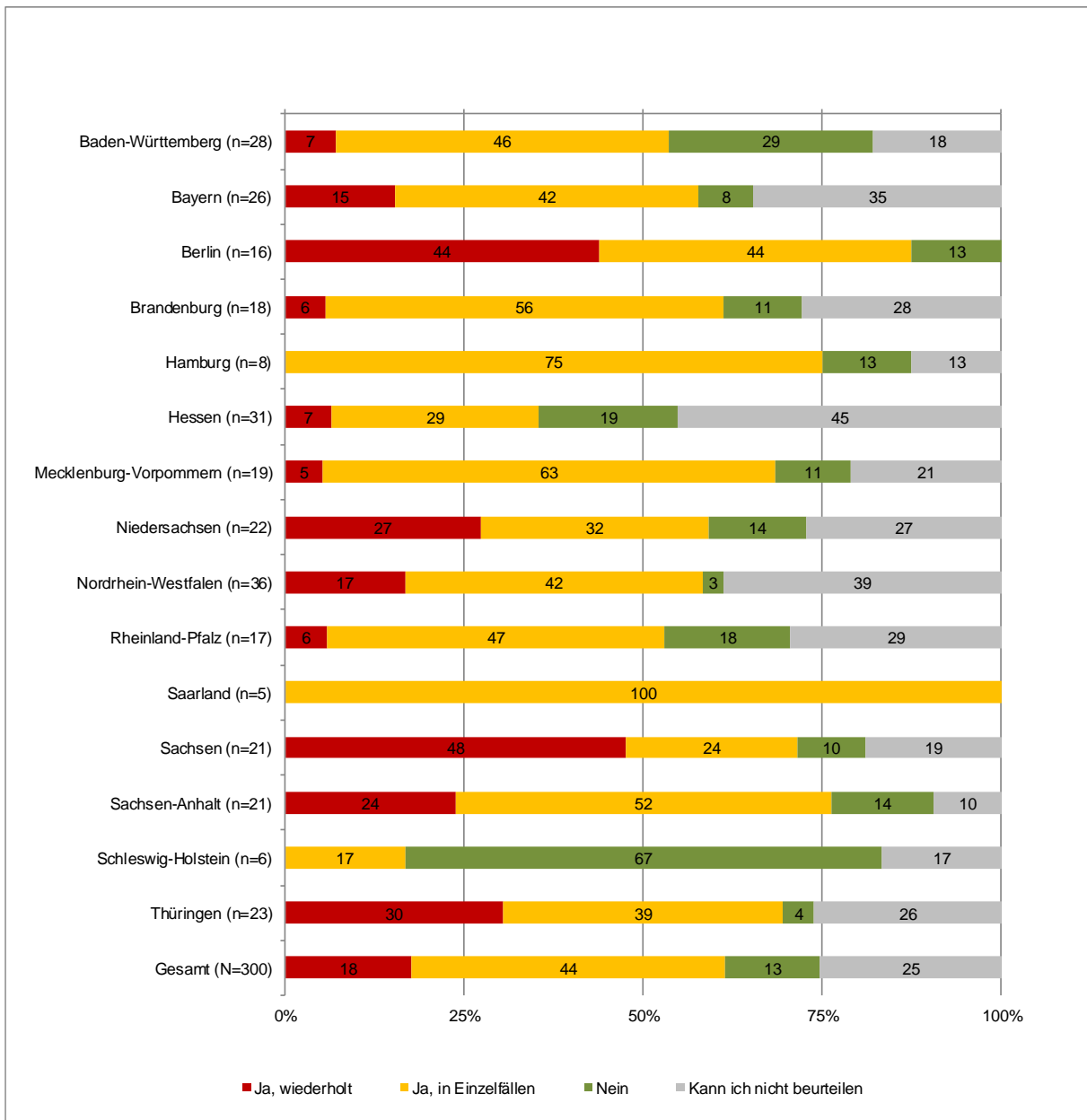
### 3.1.2.1.1 Anfeindungen gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur/innen

**Tabelle 6: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft zum Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen**

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	2	7 %	13	46 %	8	29 %	5	18 %
Bayern (n=26)	4	15 %	11	42 %	2	8 %	9	35 %
Berlin (n=16)	7	44 %	7	44 %	2	13 %	0	0 %
Brandenburg (n=18)	1	6 %	10	56 %	2	11 %	5	28 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	6	75 %	1	13 %	1	13 %
Hessen (n=31)	2	6 %	9	29 %	6	19 %	14	45 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	1	5 %	12	63 %	2	11 %	4	21 %
Niedersachsen (n=22)	6	27 %	7	32 %	3	14 %	6	27 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	6	17 %	15	42 %	1	3 %	14	39 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	1	6 %	8	47 %	3	18 %	5	29 %
Saarland (n=5)	0	0 %	5	100 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	10	48 %	5	24 %	2	10 %	4	19 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	5	24 %	11	52 %	3	14 %	2	10 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	1	17 %	4	67 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	7	30 %	9	39 %	1	4 %	6	26 %
Gesamt (N=300)	53	18 %	131	44 %	40	13 %	76	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Abbildung 4: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft zum Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen**



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

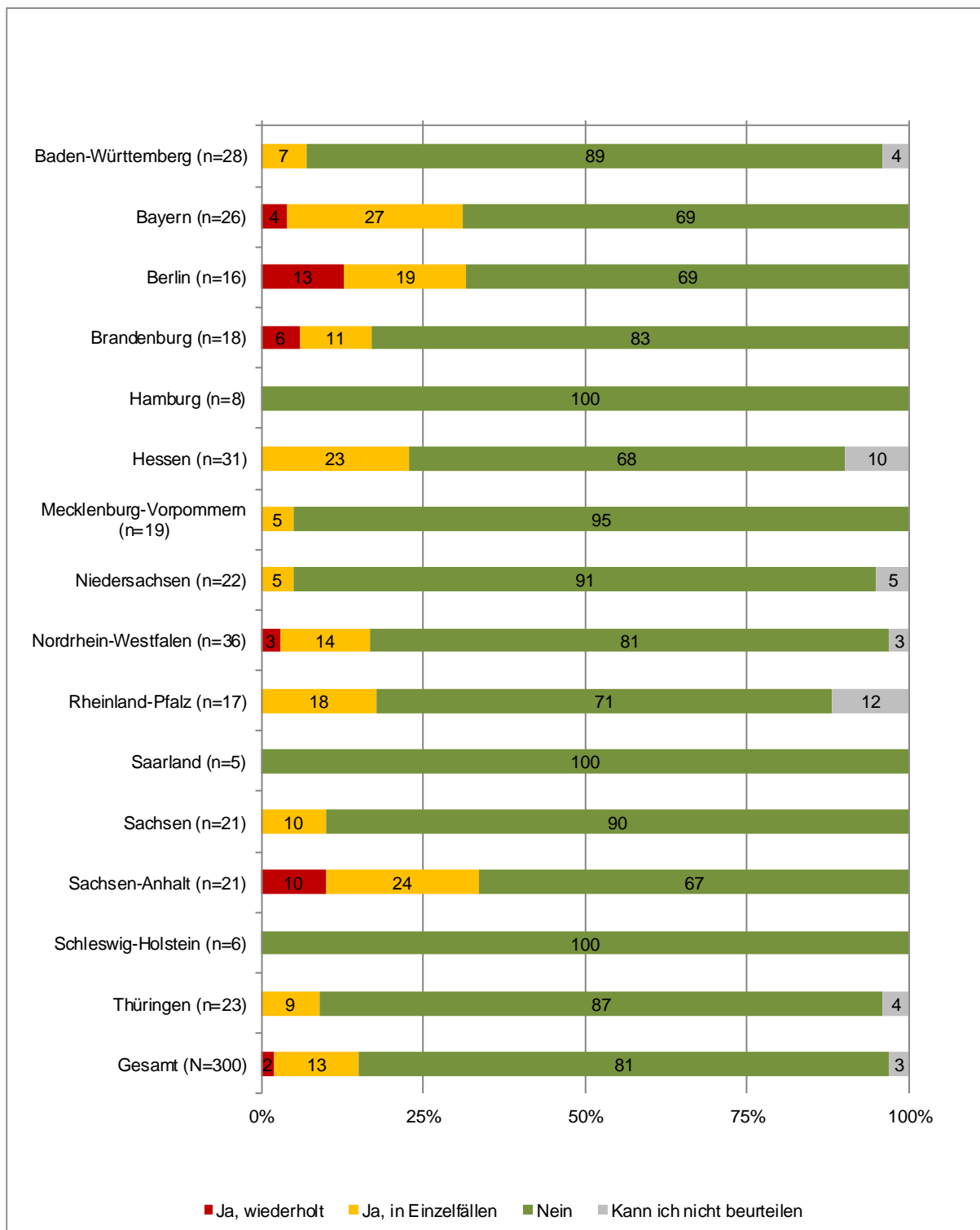
### 3.1.2.1.2 Anfeindungen gegenüber Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung

**Tabelle 7: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft zum Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen**

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	0	0 %	2	7 %	25	89 %	1	4 %
Bayern (n=26)	1	4 %	7	27 %	18	69 %	0	0 %
Berlin (n=16)	2	13 %	3	19 %	11	69 %	0	0 %
Brandenburg (n=18)	1	6 %	2	11 %	15	83 %	0	0 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	0	0 %	8	100 %	0	0 %
Hessen (n=31)	0	0 %	7	23 %	21	68 %	3	10 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	0	0 %	1	5 %	18	95 %	0	0 %
Niedersachsen (n=22)	0	0 %	1	5 %	20	91 %	1	5 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	1	3 %	5	14 %	29	81 %	1	3 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	0	0 %	3	18 %	12	71 %	2	12 %
Saarland (n=5)	0	0 %	0	0 %	5	100 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	0	0 %	2	10 %	19	90 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	2	10 %	5	24 %	14	67 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	0	0 %	6	100 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	0	0 %	2	9 %	20	87 %	1	4 %
Gesamt (N=300)	7	2 %	40	13 %	244	81 %	9	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Abbildung 5: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft zum Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen**



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).



### 3.1.2.2 Art der Situationen der Anfeindung

#### 3.1.2.2.1 Anfeindungen gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungsstelle

**Tabelle 8: Gesamt: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Art der Tathandlungen bzw. Straftaten in Situationen der Anfeindung gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle**

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Straftaten gegen die Ehre (Beleidigung, Üble Nachrede, Verleumdung)	30	64 %	13	28 %	4	9 %
Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung; (z. B. Drohanrufe, E-Mails oder im persönlichen Kontakt)	26	55 %	18	38 %	3	6 %
Körperverletzung	0	0 %	46	98 %	1	2 %
Sachbeschädigung von Privateigentum	3	6 %	42	89 %	2	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019, die von Situationen der Anfeindung gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle berichten (n=47).

**Tabelle 9: Bayern: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Art der Tathandlungen bzw. Straftaten in Situationen der Anfeindung gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle**

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Straftaten gegen die Ehre (Beleidigung, Üble Nachrede, Verleumdung)	4	50 %	4	50 %	0	0 %
Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung; (z. B. Drohanrufe, E-Mails oder im persönlichen Kontakt)	6	75 %	2	25 %	0	0 %
Körperverletzung	0	0 %	8	100 %	0	0 %
Sachbeschädigung von Privateigentum	1	13 %	7	88 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Bayern, die von Situationen der Anfeindung gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle berichten (n=8).

### 3.1.2.3 Bedrohungslage in der Förderregion allgemein

#### 3.1.2.3.1 Demokratiefeindliche Akteur/innen

**Tabelle 10: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. "PEGIDA", "Pro"-Bewegungen) waren im 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 in unserer Förderregion aktiv**

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	1	4 %	9	32 %	14	50 %	4	14 %
Bayern (n=26)	3	12 %	7	27 %	12	46 %	4	15 %
Berlin (n=16)	2	13 %	7	44 %	5	31 %	2	13 %
Brandenburg (n=18)	4	22 %	4	22 %	7	39 %	3	17 %
Hamburg (n=8)	1	13 %	0	0 %	3	38 %	4	50 %
Hessen (n=31)	6	19 %	5	16 %	15	48 %	5	16 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	4	21 %	5	26 %	5	26 %	5	26 %
Niedersachsen (n=22)	4	18 %	4	18 %	11	50 %	3	14 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	8	22 %	7	19 %	17	47 %	4	11 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	1	6 %	2	12 %	10	59 %	4	24 %
Saarland (n=5)	2	40 %	2	40 %	0	0 %	1	20 %
Sachsen (n=21)	7	33 %	8	38 %	5	24 %	1	5 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	7	33 %	4	19 %	10	48 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	0	0 %	6	100 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	8	35 %	7	30 %	8	35 %	0	0 %
Gesamt (N=300)	59	20 %	73	24 %	128	43 %	40	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 11: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“) waren im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 in unserer Förderregion aktiv**

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	3	11 %	18	64 %	5	18 %	2	7 %
Bayern (n=26)	10	38 %	10	38 %	1	4 %	5	19 %
Berlin (n=16)	11	69 %	4	25 %	0	0 %	1	6 %
Brandenburg (n=18)	4	22 %	12	67 %	2	11 %	0	0 %
Hamburg (n=8)	1	13 %	1	13 %	2	25 %	4	50 %
Hessen (n=31)	9	29 %	17	55 %	2	6 %	3	10 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	7	37 %	10	53 %	1	5 %	1	5 %
Niedersachsen (n=22)	5	23 %	9	41 %	6	27 %	2	9 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	11	31 %	11	31 %	7	19 %	7	19 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	3	18 %	9	53 %	1	6 %	4	24 %
Saarland (n=5)	1	20 %	3	60 %	0	0 %	1	20 %
Sachsen (n=21)	11	52 %	7	33 %	3	14 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	10	48 %	6	29 %	2	10 %	3	14 %
Schleswig-Holstein (n=6)	1	17 %	4	67 %	1	17 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	13	57 %	6	26 %	2	9 %	2	9 %
Gesamt (N=300)	101	34 %	128	43 %	36	12 %	35	12 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 12: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“) waren im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 in unserer Förderregion aktiv**

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	0	0 %	6	21 %	16	57 %	6	21 %
Bayern (n=26)	0	0 %	1	4 %	16	62 %	9	35 %
Berlin (n=16)	1	6 %	1	6 %	11	69 %	3	19 %
Brandenburg (n=18)	0	0 %	2	11 %	10	56 %	6	33 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	0	0 %	4	50 %	4	50 %
Hessen (n=31)	0	0 %	5	16 %	17	55 %	9	29 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	0	0 %	7	37 %	7	37 %	5	26 %
Niedersachsen (n=22)	0	0 %	2	9 %	14	64 %	6	27 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	1	3 %	7	19 %	17	47 %	11	31 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	0	0 %	2	12 %	12	71 %	3	18 %
Saarland (n=5)	0	0 %	0	0 %	4	80 %	1	20 %
Sachsen (n=21)	0	0 %	5	24 %	15	71 %	1	5 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	1	5 %	3	14 %	11	52 %	6	29 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	2	33 %	2	33 %	2	33 %
Thüringen (n=23)	0	0 %	4	17 %	13	57 %	6	26 %
<b>Gesamt (N=300)</b>	<b>3</b>	<b>1 %</b>	<b>48</b>	<b>16 %</b>	<b>171</b>	<b>57 %</b>	<b>78</b>	<b>26 %</b>

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 13: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z. B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereite salafistische Gruppierungen) waren im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 in unserer Förderregion aktiv**

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	0	0 %	6	21 %	14	50 %	8	29 %
Bayern (n=26)	0	0 %	4	15 %	12	46 %	10	38 %
Berlin (n=16)	1	6 %	2	13 %	8	50 %	5	31 %
Brandenburg (n=18)	0	0 %	3	17 %	9	50 %	6	33 %
Hamburg (n=8)	1	13 %	3	38 %	0	0 %	4	50 %
Hessen (n=31)	2	6 %	5	16 %	11	35 %	13	42 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	0	0 %	0	0 %	11	58 %	8	42 %
Niedersachsen (n=22)	0	0 %	0	0 %	14	64 %	8	36 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	1	3 %	8	22 %	14	39 %	13	36 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	0	0 %	0	0 %	12	71 %	5	29 %
Saarland (n=5)	0	0 %	0	0 %	4	80 %	1	20 %
Sachsen (n=21)	0	0 %	2	10 %	7	33 %	12	57 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	0	0 %	1	5 %	10	48 %	10	48 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	1	17 %	4	67 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	0	0 %	0	0 %	17	74 %	6	26 %
<b>Gesamt (N=300)</b>	<b>5</b>	<b>2 %</b>	<b>35</b>	<b>12 %</b>	<b>149</b>	<b>50 %</b>	<b>111</b>	<b>37 %</b>

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 14: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z. B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“) waren im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 in unserer Förderregion aktiv**

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	7	25 %	9	32 %	6	21 %	6	21 %
Bayern (n=26)	4	15 %	10	38 %	7	27 %	5	19 %
Berlin (n=16)	7	44 %	7	44 %	1	6 %	1	6 %
Brandenburg (n=18)	7	39 %	8	44 %	1	6 %	2	11 %
Hamburg (n=8)	2	25 %	4	50 %	0	0 %	2	25 %
Hessen (n=31)	9	29 %	12	39 %	4	13 %	6	19 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	5	26 %	10	53 %	1	5 %	3	16 %
Niedersachsen (n=22)	5	23 %	7	32 %	6	27 %	4	18 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	14	39 %	11	31 %	3	8 %	8	22 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	2	12 %	10	59 %	2	12 %	3	18 %
Saarland (n=5)	3	60 %	2	40 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	14	67 %	6	29 %	0	0 %	1	5 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	13	62 %	6	29 %	1	5 %	1	5 %
Schleswig-Holstein (n=6)	2	33 %	3	50 %	0	0 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	11	48 %	8	35 %	2	9 %	2	9 %
Gesamt (N=300)	106	35 %	115	38 %	34	11 %	45	15 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 15: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z. B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus) waren im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 in unserer Förderregion aktiv**

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	1	4 %	6	21 %	14	50 %	7	25 %
Bayern (n=26)	3	12 %	8	31 %	5	19 %	10	38 %
Berlin (n=16)	6	38 %	4	25 %	2	13 %	4	25 %
Brandenburg (n=18)	1	6 %	8	44 %	4	22 %	5	28 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	2	25 %	1	13 %	5	63 %
Hessen (n=31)	1	3 %	7	23 %	12	39 %	11	35 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	2	11 %	8	42 %	4	21 %	5	26 %
Niedersachsen (n=22)	1	5 %	3	14 %	11	50 %	7	32 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	10	28 %	9	25 %	8	22 %	9	25 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	2	12 %	6	35 %	3	18 %	6	35 %
Saarland (n=5)	0	0 %	2	40 %	3	60 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	8	38 %	5	24 %	4	19 %	4	19 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	5	24 %	12	57 %	1	5 %	3	14 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	3	50 %	2	33 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	6	26 %	7	30 %	7	30 %	3	13 %
Gesamt (N=300)	47	16 %	91	30 %	82	27 %	80	27 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

### 3.1.2.3.2 Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit

**Tabelle 16: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert**

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Baden- Württem- berg (n=28)	7	25 %	10	36 %	10	36 %	0	0 %	1	4 %
Bayern (n=26)	8	31 %	5	19 %	10	38 %	0	0 %	3	12 %
Berlin (n=16)	0	0 %	7	44 %	6	38 %	2	13 %	1	6 %
Branden- burg (n=18)	2	11 %	3	17 %	4	22 %	5	28 %	4	22 %
Hamburg (n=8)	1	13 %	3	38 %	3	38 %	0	0 %	1	13 %
Hessen (n=31)	2	6 %	10	32 %	9	29 %	2	6 %	8	26 %
Mecklen- burg-Vor- pommern (n=19)	3	16 %	7	37 %	6	32 %	0	0 %	3	16 %
Niedersach- sen (n=22)	5	23 %	7	32 %	7	32 %	2	9 %	1	5 %
Nordrhein- Westfalen (n=36)	3	8 %	16	44 %	11	31 %	2	6 %	4	11 %
Rheinland- Pfalz (n=16)	0	0 %	5	29 %	7	41 %	0	0 %	5	29 %
Saarland (n=5)	0	0 %	1	20 %	3	60 %	1	20 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	2	10 %	6	29 %	6	29 %	6	29 %	1	5 %
Sachsen- Anhalt (n=21)	2	10 %	5	24 %	9	43 %	5	24 %	0	0 %
Schleswig- Holstein (n=6)	3	50 %	1	17 %	1	17 %	1	1 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	3	13 %	8	35 %	8	35 %	3	13 %	1	4 %
Gesamt (N=300)	41	14 %	96	32 %	101	34 %	29	10 %	33	11 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).



**Tabelle 17: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur/innen verdrängt (z. B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt)**

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Baden-Württemberg (n=28)	13	46 %	13	46 %	1	4 %	0	0 %	1	4 %
Bayern (n=26)	11	42 %	12	46 %	1	4 %	0	0 %	2	8 %
Berlin (n=16)	0	0 %	10	63 %	4	25 %	0	0 %	2	13 %
Brandenburg (n=18)	1	6 %	12	67 %	1	6 %	1	6 %	3	17 %
Hamburg (n=8)	2	25 %	4	50 %	0	0 %	0	0 %	2	25 %
Hessen (n=31)	11	35 %	11	35 %	2	6 %	2	6 %	5	16 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	5	26 %	12	63 %	0	0 %	1	5 %	1	5 %
Niedersachsen (n=22)	10	45 %	7	32 %	1	5 %	1	5 %	3	14 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	13	36 %	14	39 %	1	3 %	1	3 %	7	19 %
Rheinland-Pfalz (n=16)	5	29 %	9	53 %	0	0 %	0	0 %	3	18 %
Saarland (n=5)	1	20 %	3	60 %	0	0 %	0	0 %	1	20 %
Sachsen (n=21)	3	14 %	11	52 %	3	14 %	1	5 %	3	14 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	3	14 %	15	71 %	3	14 %	0	0 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	5	83 %	1	17 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	6	26 %	8	35 %	6	26 %	0	0 %	3	13 %
Gesamt (N=300)	89	30 %	145	48 %	23	8 %	7	2 %	36	12 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 18: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z. B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“)**

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Baden-Württemberg (n=28)	12	43 %	11	39 %	3	11 %	0	0 %	2	7 %
Bayern (n=26)	16	62 %	7	27 %	1	4 %	0	0 %	2	8 %
Berlin (n=16)	3	19 %	5	31 %	6	38 %	2	13 %	0	0 %
Brandenburg (n=18)	3	17 %	9	50 %	3	17 %	1	6 %	2	11 %
Hamburg (n=8)	2	25 %	3	38 %	0	0 %	0	0 %	3	38 %
Hessen (n=31)	16	52 %	7	23 %	2	6 %	1	3 %	5	16 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	7	37 %	7	37 %	2	11 %	1	5 %	2	11 %
Niedersachsen (n=22)	8	36 %	9	41 %	4	18 %	1	5 %	0	0 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	17	47 %	12	33 %	3	8 %	2	6 %	2	6 %
Rheinland-Pfalz (n=16)	7	41 %	6	35 %	3	18 %	0	0 %	1	6 %
Saarland (n=5)	3	60 %	1	20 %	1	20 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	4	19 %	10	48 %	4	19 %	2	10 %	1	5 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	4	19 %	10	48 %	6	29 %	0	0 %	1	5 %
Schleswig-Holstein (n=6)	2	33 %	3	50 %	0	0 %	0	0 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	4	17 %	7	30 %	6	26 %	3	13 %	3	13 %
Gesamt (N=300)	109	36 %	109	36 %	44	15 %	13	4 %	25	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 19: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur/innen gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen**

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Baden- Württem- berg (n=28)	4	14 %	16	57 %	5	18 %	2	7 %	1	4 %
Bayern (n=26)	4	15 %	14	54 %	4	15 %	0	0 %	4	15 %
Berlin (n=16)	0	0 %	7	44 %	6	38 %	2	13 %	1	6 %
Branden- burg (n=18)	8	44 %	6	33 %	0	0 %	0	0 %	4	22 %
Hamburg (n=8)	1	13 %	1	13 %	5	63 %	1	13 %	0	0 %
Hessen (n=31)	5	16 %	11	35 %	7	23 %	2	6 %	6	19 %
Mecklen- burg-Vor- pommern (n=19)	1	5 %	10	53 %	7	37 %	0	0 %	1	5 %
Niedersach- sen (n=22)	2	9 %	13	59 %	7	32 %	0	0 %	0	0 %
Nordrhein- Westfalen (n=36)	3	8 %	18	50 %	11	31 %	2	6 %	2	6 %
Rheinland- Pfalz (n=16)	2	12 %	11	65 %	4	24 %	0	0 %	0	0 %
Saarland (n=5)	0	0 %	3	60 %	2	40 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	2	10 %	5	24 %	9	43 %	4	19 %	1	5 %
Sachsen- Anhalt (n=21)	2	10 %	7	33 %	10	48 %	1	5 %	1	5 %
Schleswig- Holstein (n=6)	2	33 %	3	50 %	1	17 %	0	0 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	2	9 %	6	26 %	9	39 %	5	22 %	1	4 %
Gesamt (N=300)	30	10 %	133	44 %	96	32 %	19	6 %	22	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 20: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt**

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Baden-Württemberg (n=28)	1	4 %	11	39 %	13	46 %	2	7 %	1	4 %
Bayern (n=26)	7	27 %	0	0 %	15	58 %	1	4 %	3	12 %
Berlin (n=16)	1	6 %	4	25 %	7	44 %	3	19 %	1	6 %
Brandenburg (n=18)	0	0 %	6	33 %	4	22 %	6	33 %	2	11 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	3	38 %	5	63 %	0	0 %	0	0 %
Hessen (n=31)	0	0 %	11	35 %	13	42 %	4	13 %	3	10 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	1	5 %	7	37 %	6	32 %	3	16 %	2	11 %
Niedersachsen (n=22)	1	5 %	9	41 %	8	36 %	3	14 %	1	5 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	2	6 %	13	36 %	17	47 %	2	6 %	2	6 %
Rheinland-Pfalz (n=16)	1	6 %	8	47 %	4	24 %	1	6 %	3	18 %
Saarland (n=5)	0	0 %	0	0 %	5	100 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	0	0 %	4	19 %	10	48 %	6	29 %	1	5 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	1	5 %	2	10 %	9	43 %	9	43 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	2	33 %	3	50 %	0	0 %	1	17 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	2	9 %	4	17 %	11	48 %	6	26 %	0	0 %
Gesamt (N=300)	12	4 %	93	31 %	129	43 %	47	16 %	19	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 21: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich**

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Baden- Württemberg (n=28)	4	14 %	12	43 %	2	7 %	0	0 %	10	36 %
Bayern (n=26)	2	8 %	10	38 %	4	15 %	0	0 %	10	38 %
Berlin (n=16)	0	0 %	8	50 %	2	13 %	2	13 %	4	25 %
Brandenburg (n=18)	1	6 %	6	33 %	4	22 %	0	0 %	7	39 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	3	38 %	1	13 %	1	13 %	3	38 %
Hessen (n=31)	4	13 %	8	26 %	7	23 %	0	0 %	12	39 %
Mecklen- burg-Vor- pommern (n=19)	2	11 %	6	32 %	2	11 %	1	5 %	8	42 %
Niedersach- sen (n=22)	4	18 %	9	41 %	4	18 %	2	9 %	3	14 %
Nordrhein- Westfalen (n=36)	2	6 %	15	42 %	5	14 %	1	3 %	13	36 %
Rheinland- Pfalz (n=16)	1	6 %	12	71 %	1	6 %	0	0 %	3	18 %
Saarland (n=5)	0	0 %	1	20 %	2	40 %	0	0 %	2	40 %
Sachsen (n=21)	3	14 %	5	24 %	1	5 %	2	10 %	10	48 %
Sachsen- Anhalt (n=21)	1	5 %	6	29 %	6	29 %	0	0 %	8	38 %
Schleswig- Holstein (n=6)	1	17 %	3	50 %	0	0 %	0	0 %	2	33 %
Thüringen (n=23)	0	0 %	5	22 %	9	39 %	3	13 %	6	26 %
Gesamt (N=300)	26	9 %	110	37 %	51	17 %	12	4 %	101	34 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 22: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt**

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Baden- Württem- berg (n=28)	5	18 %	14	50 %	9	32 %	0	0 %	0	0 %
Bayern (n=26)	3	12 %	11	42 %	8	31 %	1	4 %	3	12 %
Berlin (n=16)	0	0 %	7	44 %	6	38 %	2	13 %	1	6 %
Branden- burg (n=18)	1	6 %	1	6 %	12	67 %	1	6 %	3	17 %
Hamburg (n=8)	1	13 %	4	50 %	3	38 %	0	0 %	0	0 %
Hessen (n=31)	4	13 %	12	39 %	8	26 %	3	10 %	4	13 %
Mecklen- burg-Vor- pommern (n=19)	0	0 %	9	47 %	6	32 %	3	16 %	1	5 %
Niedersach- sen (n=22)	4	18 %	11	50 %	6	27 %	0	0 %	1	5 %
Nordrhein- Westfalen (n=36)	6	17 %	16	44 %	11	31 %	1	3 %	2	6 %
Rheinland- Pfalz (n=16)	3	18 %	10	59 %	3	18 %	0	0 %	1	6 %
Saarland (n=5)	0	0 %	3	60 %	1	20 %	1	20 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	1	5 %	4	19 %	6	29 %	9	43 %	1	5 %
Sachsen- Anhalt (n=21)	1	5 %	5	24 %	12	57 %	3	14 %	0	0 %
Schleswig- Holstein (n=6)	1	17 %	4	67 %	1	17 %	0	0 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	1	4 %	7	30 %	8	35 %	4	17 %	3	13 %
Gesamt (N=300)	31	10 %	120	40 %	101	34 %	28	9 %	20	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 23: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar**

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Baden- Württem- berg (n=28)	2	7 %	7	25 %	13	46 %	3	11 %	3	11 %
Bayern (n=26)	1	4 %	7	27 %	12	46 %	2	8 %	4	15 %
Berlin (n=16)	0	0 %	1	6 %	6	38 %	8	50 %	1	6 %
Branden- burg (n=18)	0	0 %	3	17 %	9	50 %	5	28 %	1	6 %
Hamburg (n=8)	1	13 %	0	0 %	6	75 %	1	13 %	0	0 %
Hessen (n=31)	0	0 %	7	23 %	15	48 %	5	16 %	4	13 %
Mecklen- burg-Vor- pommern (n=19)	0	0 %	5	26 %	12	63 %	1	5 %	1	5 %
Niedersach- sen (n=22)	3	14 %	5	23 %	9	41 %	4	18 %	1	5 %
Nordrhein- Westfalen (n=36)	1	3 %	9	25 %	20	56 %	6	17 %	0	0 %
Rheinland- Pfalz (n=17)	0	0 %	7	41 %	9	53 %	1	6 %	0	0 %
Saarland (n=5)	0	0 %	2	40 %	2	40 %	1	20 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	1	5 %	4	19 %	8	38 %	8	38 %	0	0 %
Sachsen- Anhalt (n=21)	1	5 %	3	14 %	11	52 %	6	29 %	0	0 %
Schleswig- Holstein (n=6)	0	0 %	3	50 %	2	33 %	0	0 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	1	4 %	0	0 %	14	61 %	7	30 %	1	4 %
Gesamt (N=300)	11	4 %	63	21 %	150	50 %	59	20 %	17	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

### 3.1.2.3.3 Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen

**Tabelle 24: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie**

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	0	0 %	3	11 %	25	89 %	0	0 %
Bayern (n=26)	0	0 %	2	8 %	21	81 %	3	12 %
Berlin (n=16)	0	0 %	5	31 %	11	69 %	0	0 %
Brandenburg (n=18)	0	0 %	1	6 %	17	94 %	0	0 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	1	13 %	7	88 %	0	0 %
Hessen (n=31)	0	0 %	3	10 %	25	81 %	3	10 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	0	0 %	1	5 %	17	89 %	1	5 %
Niedersachsen (n=22)	0	0 %	1	5 %	21	95 %	0	0 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	1	3 %	2	6 %	33	92 %	0	0 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	0	0 %	1	6 %	15	88 %	1	6 %
Saarland (n=5)	0	0 %	0	0 %	5	100 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	0	0 %	2	10 %	19	90 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	0	0 %	3	14 %	17	81 %	1	5 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	0	0 %	6	100 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	1	4 %	4	17 %	18	78 %	0	0 %
<b>Gesamt (N=300)</b>	<b>2</b>	<b>1 %</b>	<b>29</b>	<b>10 %</b>	<b>260</b>	<b>87 %</b>	<b>9</b>	<b>3 %</b>

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).



**Tabelle 25: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Demonstrationen und Protestkundgebungen**

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	0	0 %	9	32 %	18	64 %	1	4 %
Bayern (n=26)	5	19 %	8	31 %	10	38 %	3	12 %
Berlin (n=16)	3	19 %	10	63 %	2	13 %	1	6 %
Brandenburg (n=18)	5	28 %	5	28 %	6	33 %	2	11 %
Hamburg (n=8)	1	13 %	1	13 %	3	38 %	3	38 %
Hessen (n=31)	3	10 %	7	23 %	18	58 %	3	10 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	2	11 %	6	32 %	9	47 %	2	11 %
Niedersachsen (n=22)	3	14 %	6	27 %	11	50 %	2	9 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	11	31 %	10	28 %	11	31 %	4	11 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	1	6 %	9	53 %	6	35 %	1	6 %
Saarland (n=5)	2	40 %	2	40 %	1	20 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	6	29 %	7	33 %	6	29 %	2	10 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	9	43 %	6	29 %	6	29 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	1	17 %	5	83 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	10	43 %	8	35 %	4	17 %	1	4 %
Gesamt (N=300)	61	20 %	97	32 %	117	39 %	25	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 26: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Wortergreifung bei und Störung von Veranstaltungen**

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	2	7 %	8	29 %	11	39 %	7	25 %
Bayern (n=26)	0	0 %	14	54 %	11	42 %	1	4 %
Berlin (n=16)	1	6 %	6	38 %	5	31 %	4	25 %
Brandenburg (n=18)	1	6 %	5	28 %	9	50 %	3	17 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	3	38 %	3	38 %	2	25 %
Hessen (n=31)	1	3 %	6	19 %	18	58 %	6	19 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	1	5 %	6	32 %	8	42 %	4	21 %
Niedersachsen (n=22)	0	0 %	6	27 %	14	64 %	2	9 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	3	8 %	8	22 %	13	36 %	12	33 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	1	6 %	3	18 %	9	53 %	4	24 %
Saarland (n=5)	0	0 %	2	40 %	2	40 %	1	20 %
Sachsen (n=21)	3	14 %	12	57 %	3	14 %	3	14 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	0	0 %	13	62 %	6	29 %	2	10 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	3	50 %	1	17 %	2	33 %
Thüringen (n=23)	2	9 %	9	39 %	5	22 %	7	30 %
<b>Gesamt (N=300)</b>	<b>15</b>	<b>5 %</b>	<b>105</b>	<b>35 %</b>	<b>120</b>	<b>40 %</b>	<b>60</b>	<b>20 %</b>

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 27: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (z. B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume)**

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	3	11 %	19	68 %	3	11 %	3	11 %
Bayern (n=26)	5	19 %	15	58 %	4	15 %	2	8 %
Berlin (n=16)	12	75 %	4	25 %	0	0 %	0	0 %
Brandenburg (n=18)	10	56 %	5	28 %	2	11 %	1	6 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	3	38 %	2	25 %	3	38 %
Hessen (n=31)	7	23 %	14	45 %	6	19 %	4	13 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	5	26 %	7	37 %	2	11 %	5	26 %
Niedersachsen (n=22)	9	41 %	6	27 %	5	23 %	2	9 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	14	39 %	11	31 %	5	14 %	6	17 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	1	6 %	9	53 %	4	24 %	3	18 %
Saarland (n=5)	1	20 %	3	60 %	0	0 %	1	20 %
Sachsen (n=21)	12	57 %	7	33 %	1	5 %	1	5 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	11	52 %	9	43 %	1	5 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	1	17 %	3	50 %	2	33 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	13	57 %	8	35 %	2	9 %	0	0 %
<b>Gesamt (N=300)</b>	<b>106</b>	<b>35 %</b>	<b>123</b>	<b>41 %</b>	<b>40</b>	<b>13 %</b>	<b>31</b>	<b>10 %</b>

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 28: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Zusammenschluss zuwanderungskritischer Akteur/innen in Aktionsgruppen und/oder Bürgerinitiativen**

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	0	0 %	10	36 %	11	39 %	7	25 %
Bayern (n=26)	2	8 %	2	8 %	14	54 %	8	31 %
Berlin (n=16)	2	13 %	4	25 %	6	38 %	4	25 %
Brandenburg (n=18)	3	17 %	4	22 %	5	28 %	6	33 %
Hamburg (n=8)	3	38 %	2	25 %	2	25 %	1	13 %
Hessen (n=31)	3	10 %	5	16 %	15	48 %	8	26 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	1	5 %	1	5 %	5	26 %	12	63 %
Niedersachsen (n=22)	0	0 %	3	14 %	10	45 %	9	41 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	3	8 %	6	17 %	12	33 %	15	42 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	1	6 %	3	18 %	10	59 %	3	18 %
Saarland (n=5)	0	0 %	1	20 %	3	60 %	1	20 %
Sachsen (n=21)	4	19 %	8	38 %	4	19 %	5	24 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	6	29 %	7	33 %	5	24 %	3	14 %
Schleswig-Holstein (n=6)	1	17 %	1	17 %	2	33 %	2	33 %
Thüringen (n=23)	6	26 %	6	26 %	6	26 %	5	22 %
<b>Gesamt (N=300)</b>	<b>36</b>	<b>12 %</b>	<b>63</b>	<b>21 %</b>	<b>112</b>	<b>37 %</b>	<b>89</b>	<b>30 %</b>

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 29: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Hate Speech im Netz**

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	11	39 %	12	43 %	3	11 %	2	7 %
Bayern (n=26)	11	42 %	9	35 %	1	4 %	5	19 %
Berlin (n=16)	12	75 %	4	25 %	0	0 %	0	0 %
Brandenburg (n=18)	9	50 %	3	17 %	2	11 %	4	22 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	4	50 %	0	0 %	4	50 %
Hessen (n=31)	12	39 %	9	29 %	2	6 %	8	26 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	5	26 %	7	37 %	1	5 %	6	32 %
Niedersachsen (n=22)	11	50 %	3	14 %	2	9 %	6	27 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	21	58 %	8	22 %	0	0 %	7	19 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	4	24 %	7	41 %	1	6 %	5	29 %
Saarland (n=5)	4	80 %	1	20 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	15	71 %	4	19 %	0	0 %	2	10 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	14	67 %	5	24 %	0	0 %	2	10 %
Schleswig-Holstein (n=6)	2	33 %	4	67 %	0	0 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	18	78 %	3	13 %	0	0 %	2	9 %
Gesamt (N=300)	151	50 %	84	28 %	12	4 %	53	18 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 30: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Einschlägige Freizeitveranstaltungen und Angebote (z. B. Konzerte, Feste)**

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	0	0 %	6	21 %	11	39 %	11	39 %
Bayern (n=26)	0	0 %	6	23 %	12	46 %	8	31 %
Berlin (n=16)	3	19 %	1	6 %	7	44 %	5	31 %
Brandenburg (n=18)	0	0 %	6	33 %	4	22 %	8	44 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	0	0 %	3	38 %	5	63 %
Hessen (n=31)	1	3 %	7	23 %	15	48 %	8	26 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	0	0 %	9	47 %	6	32 %	4	21 %
Niedersachsen (n=22)	1	5 %	4	18 %	14	64 %	3	14 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	4	11 %	5	14 %	14	39 %	13	36 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	0	0 %	4	24 %	6	35 %	7	41 %
Saarland (n=5)	0	0 %	1	20 %	2	40 %	2	40 %
Sachsen (n=21)	5	24 %	6	29 %	6	29 %	4	19 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	2	10 %	7	33 %	6	29 %	6	29 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	0	0 %	5	83 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	7	30 %	6	26 %	9	39 %	1	4 %
<b>Gesamt (N=300)</b>	<b>23</b>	<b>8 %</b>	<b>68</b>	<b>23 %</b>	<b>123</b>	<b>41 %</b>	<b>86</b>	<b>29 %</b>

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

### 3.1.2.4 Umgang mit Bedrohungen

**Tabelle 31: Zusammenarbeit mit Mobilien Beratungen gegen Rechtsextremismus**

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=17)	9	53 %	7	41 %	1	6 %
Bayern (n=21)	11	52 %	10	48 %	0	0 %
Berlin (n=14)	13	93 %	1	7 %	0	0 %
Brandenburg (n=12)	11	92 %	1	8 %	0	0 %
Hamburg (n=7)	3	43 %	4	57 %	0	0 %
Hessen (n=16)	8	50 %	8	50 %	0	0 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=14)	6	43 %	7	50 %	1	7 %
Niedersachsen (n=14)	6	43 %	6	43 %	2	14 %
Nordrhein-Westfalen (n=23)	11	48 %	12	52 %	0	0 %
Rheinland-Pfalz (n=11)	4	36 %	7	64 %	0	0 %
Saarland (n=5)	5	100 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=17)	10	59 %	7	41 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=16)	14	88 %	2	13 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=1)	0	0 %	1	100 %	0	0 %
Thüringen (n=16)	12	75 %	4	25 %	0	0 %
Gesamt (n=207)	125	60 %	77	37 %	5	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019, die von mindestens einer Situation der Anfeindung gegenüber engagierten Akteur/innen berichten (Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung, zivilgesellschaftliche Akteur/innen, Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle) (n=207).

**Tabelle 32: Zusammenarbeit mit Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Opferberatung)**

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=17)	9	53 %	7	41 %	1	6 %
Bayern (n=21)	4	19 %	16	76 %	1	5 %
Berlin (n=14)	10	71 %	4	29 %	0	0 %
Brandenburg (n=12)	4	33 %	8	67 %	0	0 %
Hamburg (n=7)	4	57 %	3	43 %	0	0 %
Hessen (n=16)	5	31 %	10	63 %	1	6 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=14)	3	21 %	9	64 %	2	14 %
Niedersachsen (n=14)	2	14 %	10	71 %	2	14 %
Nordrhein-Westfalen (n=23)	9	39 %	13	57 %	1	4 %
Rheinland-Pfalz (n=11)	1	9 %	9	82 %	1	9 %
Saarland (n=5)	4	80 %	1	20 %	0	0 %
Sachsen (n=17)	6	35 %	11	65 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=16)	10	63 %	6	38 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=1)	0	0 %	1	100 %	0	0 %
Thüringen (n=16)	6	38 %	9	56 %	1	6 %
Gesamt (n=207)	79	38 %	117	57 %	11	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019, die von mindestens einer Situation der Anfeindung gegenüber engagierten Akteur/innen berichten (Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung, zivilgesellschaftliche Akteur/innen, Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle) (n=164). Hier gilt es zu beachten, dass zwischen den einzelnen Bundesländern (zum Teil deutliche) Unterschiede hinsichtlich der Etablierungszeitpunkte sowie der finanziellen und personellen Ausstattung der Opferberatungsstellen bestehen.



## 3.2 Implementierung zentraler Gremien

### 3.2.1 Koordinierungs- und Fachstellen

#### 3.2.1.1 Ansiedelung und Trägerart

**Tabelle 33: Externe oder interne Ansiedelung der Koordinierungs- und Fachstellen**

	Bei einem freien Träger		Im federführenden Amt der Partnerschaft für Demokratie		Sonderform	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	24	86 %	3	11 %	1	4 %
Bayern (n=26)	25	96 %	1	4 %	0	0 %
Berlin (n=16)	16	100 %	0	0 %	0	0 %
Brandenburg (n=18)	17	94 %	1	6 %	0	0 %
Hamburg (n=8)	8	100 %	0	0 %	0	0 %
Hessen (n=31)	25	81 %	5	16 %	1	3 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	16	84 %	1	5 %	2	11 %
Niedersachsen (n=22)	20	91 %	2	9 %	0	0 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	33	92 %	2	6 %	1	3 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	16	94 %	1	6 %	0	0 %
Saarland (n=5)	4	80 %	1	20 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	17	81 %	3	14 %	1	5 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	18	86 %	1	5 %	2	10 %
Schleswig-Holstein (n=6)	5	83 %	0	0 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	23	100 %	0	0 %	0	0 %
<b>Gesamt (N=300)</b>	<b>270</b>	<b>90 %</b>	<b>21</b>	<b>7 %</b>	<b>9</b>	<b>3 %</b>

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

### 3.2.1.1.1 Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen

**Tabelle 34: Gesamt: Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen**

	Absolut	In Prozent
Bildungsträger	69	26 %
Träger der Kinder- und Jugendhilfe	95	35 %
Träger der sozialen Arbeit	58	21 %
Träger der kulturellen Arbeit	22	8 %
Sonstiges	26	10 %
Gesamt	270	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=270).

**Tabelle 35: Bayern: Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen**

	Absolut	In Prozent
Bildungsträger	9	36 %
Träger der Kinder- und Jugendhilfe	8	32 %
Träger der sozialen Arbeit	3	12 %
Träger der kulturellen Arbeit	0	0 %
Sonstiges	5	20 %
Gesamt	25	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Bayern mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=25).

### 3.2.1.1.2 Ansiedlung des federführenden Amtes der externen Koordinierungs- und Fachstellen

**Tabelle 36: Ansiedlung des federführenden Amtes der Partnerschaften für Demokratie mit externen Koordinierungs- und Fachstellen**

	Fachreferat im Jugendamt (auch in gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung mit anderen Geschäftsbereichen, z. B. Soziales/Familie/Sport)		Referat in einem anderen Amt		Beauftragte/r (z. B. Integrationsbeauftragte/r, Gleichstellungsbeauftragte/r)		Sonstiges	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=24)	6	25 %	14	58 %	4	17 %	0	0 %
Bayern (n=25)	10	40 %	13	52 %	2	8 %	0	0 %
Berlin (n=16)	11	69 %	0	0 %	5	31 %	0	0 %
Brandenburg (n=17)	6	35 %	9	53 %	2	12 %	0	0 %
Hamburg (n=8)	1	13 %	7	88 %	0	0 %	0	0 %
Hessen (n=25)	10	40 %	13	52 %	1	4 %	1	4 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=16)	5	31 %	7	44 %	3	19 %	1	6 %
Niedersachsen (n=20)	11	55 %	7	35 %	2	10 %	0	0 %
Nordrhein-Westfalen (n=33)	15	45 %	14	42 %	3	9 %	1	3 %
Rheinland-Pfalz (n=16)	6	38 %	10	63 %	0	0 %	0	0 %
Saarland (n=4)	3	75 %	1	25 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=17)	8	47 %	8	47 %	1	6 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=18)	11	61 %	5	28 %	2	11 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=5)	2	40 %	3	60 %	0	0 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	16	70 %	6	26 %	1	4 %	0	0 %
Gesamt (n=270)	122	45 %	119	44 %	26	10 %	3	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=270).

### 3.2.1.1.3 Ansiedlung der internen Koordinierungs- und Fachstellen

**Tabelle 37: Ansiedlung der internen Koordinierungs- und Fachstellen**

	Fachreferat im Jugendamt (auch in gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung mit anderen Geschäftsbereichen, z. B. Soziales/Familie/Sport)		Referat in einem anderen Amt		Beauftragte/r (z. B. Integrationsbeauftragte/r, Gleichstellungsbeauftragte/r)		Sonstiges	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=3)	1	33 %	1	33 %	1	33 %	0	0 %
Bayern (n=1)	0	0 %	1	100 %	0	0 %	0	0 %
In Berlin gibt es keine internen Koordinierungs- und Fachstellen								
Brandenburg (n=1)	1	100 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
In Hamburg gibt es keine internen Koordinierungs- und Fachstellen								
Hessen (n=5)	5	100 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=1)	0	0 %	0	0 %	1	100 %	0	0 %
Niedersachsen (n=2)	2	100 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Nordrhein-Westfalen (n=2)	1	50 %	0	0 %	1	50 %	0	0 %
Rheinland-Pfalz (n=1)	0	0 %	1	100 %	0	0 %	0	0 %
Saarland (n=1)	1	100 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=3)	1	33 %	2	67 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=1)	0	0 %	1	100 %	0	0 %	0	0 %
In Schleswig-Holstein gibt es keine internen Koordinierungs- und Fachstellen								
In Thüringen gibt es keine internen Koordinierungs- und Fachstellen								
Gesamt (n=21)	12	57 %	6	29 %	3	14 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit interner Koordinierungs- und Fachstelle (n=21).

### 3.2.1.2 Personelle Ausstattung

#### 3.2.1.2.1 Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen

**Tabelle 38: Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen**

	Anzahl der Personen			Prozent eines Vollzeitäquivalents		
	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
Baden-Württemberg (n=28)	1,6	1	4	71,8 %	15 %	170 %
Bayern (n=26)	2,1	1	5	74,5 %	25 %	130 %
Berlin (n=16)	1,9	1	4	83,0 %	55 %	160 %
Brandenburg (n=18)	1,2	1	2	80,7 %	50 %	150 %
Hamburg (n=8)	2,5	2	4	67,1 %	25 %	87 %
Hessen (n=31)	1,8	1	4	77,7 %	25 %	170 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	1,3	1	2	80,7 %	1 %	130 %
Niedersachsen (n=22)	1,7	1	4	83,2 %	45 %	158 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	1,7	1	4	81,0 %	50 %	200 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	1,6	1	4	63,2 %	20 %	100 %
Saarland (n=5)	2,6	2	3	66,0 %	50 %	100 %
Sachsen (n=21)	1,6	1	3	89,9 %	50 %	150 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	1,8	1	3	88,1 %	30 %	128 %
Schleswig-Holstein (n=6)	1,7	1	3	66,7 %	50 %	100 %
Thüringen (n=23)	1,6	1	4	93,9 %	50 %	125 %
Gesamt (n=300)	1,7	1	5	79,8 %	1 %	200 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300). Bei 4 Partnerschaften für Demokratie ist die Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt.

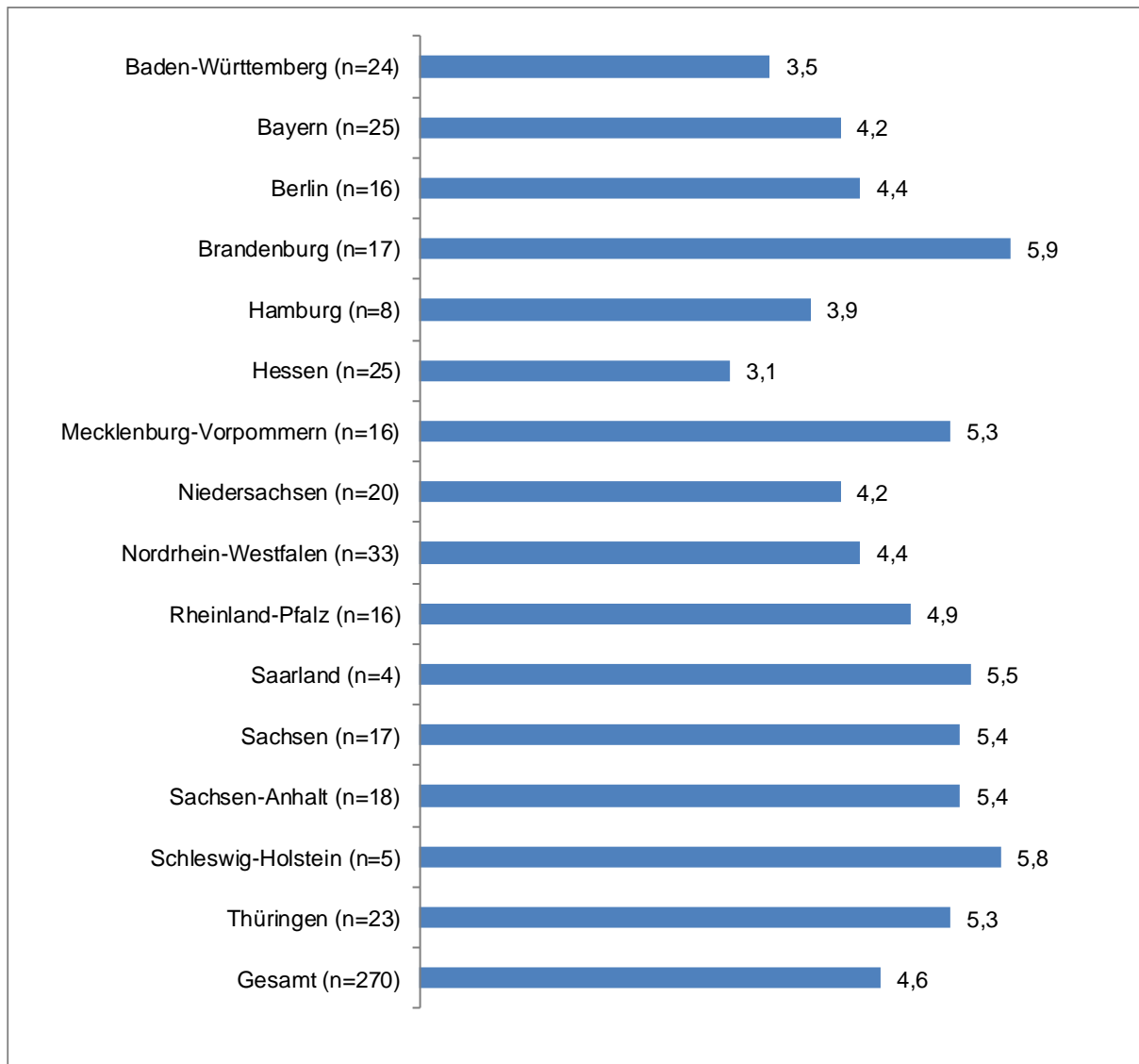
### 3.2.1.2.2 Zeitliche Begleitung durch dienstälteste/n Koordinator/in

**Tabelle 39: Tätigkeitsdauer der/des dienstälteste/n Koordinator/in in der Koordinierungs- und Fachstelle**

	Mittelwert in Jahren
Baden-Württemberg (n=24)	3,5
Bayern (n=25)	4,2
Berlin (n=16)	4,4
Brandenburg (n=17)	5,9
Hamburg (n=8)	3,9
Hessen (n=25)	3,1
Mecklenburg-Vorpommern (n=16)	5,3
Niedersachsen (n=20)	4,2
Nordrhein-Westfalen (n=33)	4,4
Rheinland-Pfalz (n=16)	4,9
Saarland (n=4)	5,5
Sachsen (n=17)	5,4
Sachsen-Anhalt (n=18)	5,4
Schleswig-Holstein (n=5)	5,8
Thüringen (n=23)	5,3
Gesamt (n=270)	4,6

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit externer Ansiedlung (n=270). Bei 4 Partnerschaften für Demokratie ist die Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt. Die Tätigkeitsdauer in Jahren wurde aus den Angaben berechnet, seit welchem Jahr die/der dienstälteste Koordinator/in mit den Koordinierungsaufgaben befasst ist. Die Rekodierung erfolgte dabei folgendermaßen: 2019 = 1 Jahr, 2018 = 2 Jahre und so fort.

**Abbildung 6: Durchschnittliche Tätigkeitsdauer der/des dienstälteste/n Koordinator/in in der Koordinierungs- und Fachstelle in Jahren**



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit externer Ansiedlung (n=270). Bei 4 Partnerschaften für Demokratie ist die Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt. Die Tätigkeitsdauer in Jahren wurde aus den Angaben berechnet, seit welchem Jahr die/der dienstälteste Koordinator/in mit den Koordinierungsaufgaben befasst ist. Die Rekodierung erfolgte dabei folgendermaßen: 2019 = 1 Jahr, 2018 = 2 Jahre und so fort.

## 3.2.2 Begleitausschüsse

### 3.2.2.1 Vertretene Gesellschaftsbereiche

**Tabelle 40: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen**

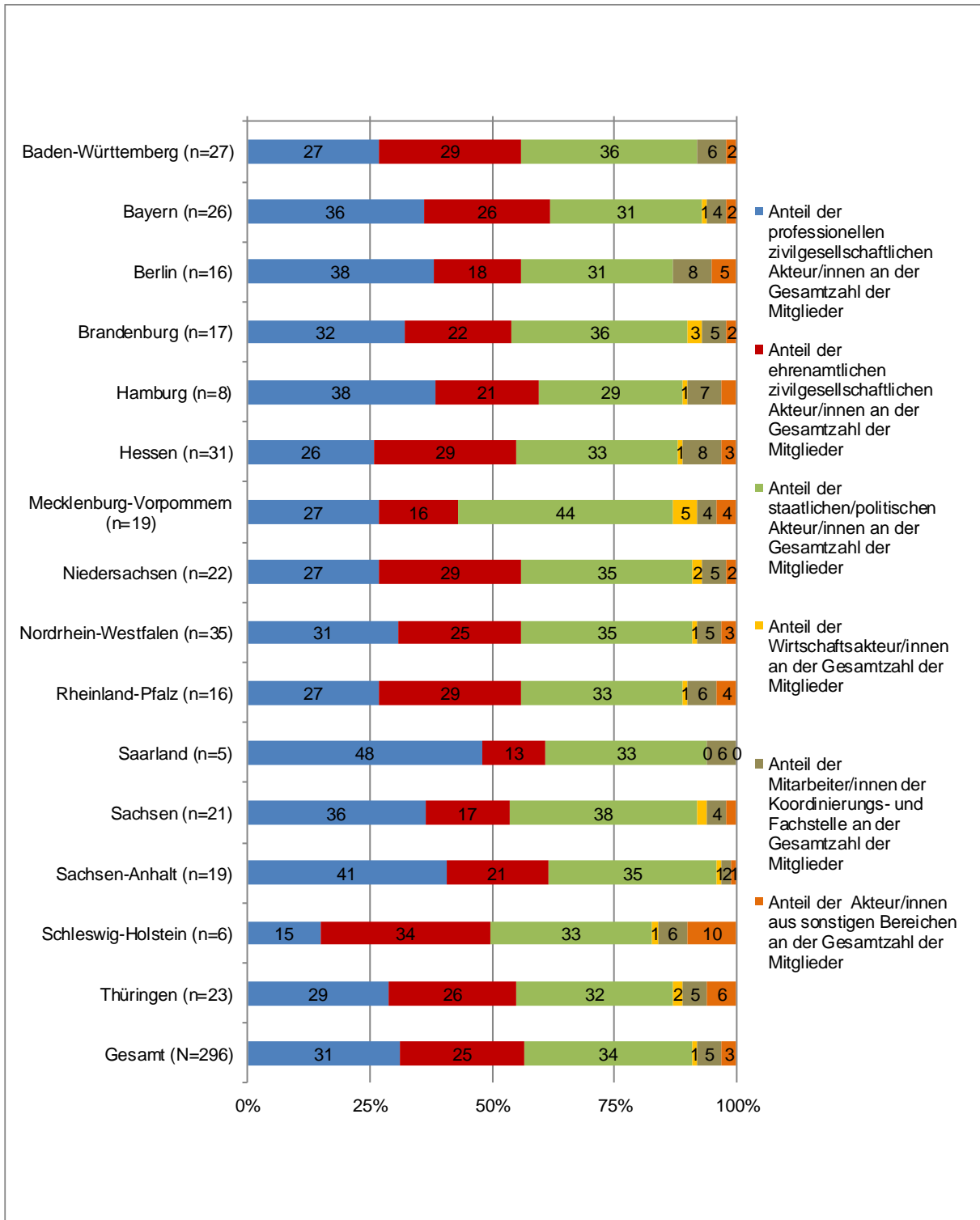
	Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der professionellen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der ehrenamtlichen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der Wirtschaftsakteur/innen an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der staatlichen/politischen Akteur/innen an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der Akteur/innen aus sonstigen Bereichen an der Gesamtzahl der Mitglieder
Baden-Württemberg (n=27)	507	27%	29%	0%	36%	6%	2%
Bayern (n=26)	480	36%	26%	1%	31%	4%	2%
Berlin (n=16)	262	38%	18%	0%	31%	8%	5%
Brandenburg (n=17)	286	32%	22%	3%	36%	5%	2%
Hamburg (n=8)	191	38%	21%	1%	29%	7%	3%
Hessen (n=31)	513	26%	29%	1%	33%	8%	3%
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	275	27%	16%	5%	44%	4%	4%
Niedersachsen (n=22)	461	27%	29%	2%	35%	5%	2%
Nordrhein-Westfalen (n=35)	728	31%	25%	1%	35%	5%	3%
Rheinland-Pfalz (n=16)	350	27%	29%	1%	33%	6%	4%
Saarland (n=5)	79	48%	13%	0%	33%	6%	0%
Sachsen (n=21)	299	36%	17%	2%	38%	4%	2%



	Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der professionellen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der ehrenamtlichen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der Wirtschaftsakteur/innen an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der staatlichen/politischen Akteur/innen an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der Akteur/innen aus sonstigen Bereichen an der Gesamtzahl der Mitglieder
Sachsen-Anhalt (n=19)	327	41%	21%	1%	35%	2%	1%
Schleswig-Holstein (n=6)	126	15%	34%	1%	33%	6%	10%
Thüringen (n=23)	415	29%	26%	2%	32%	5%	6%
Gesamt (n=296)	5348	31%	25%	1%	34%	5%	3%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit konstituiertem Begleitausschuss (n=296).

**Abbildung 7: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen**



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit konstituiertem Begleitausschuss (n=296).

### 3.2.2.2 Im Begleitausschuss vertretene Akteursgruppen und Bedarfe an der Einbindung weiterer Gruppen

#### 3.2.2.2.1 In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen

**Tabelle 41: Gesamt: In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen**

	Absolut	In Prozent
Ausländerbeirat	77	26%
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	40	14%
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	32	11%
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	94	32%
Jugendvertretungen/Jugendorganisation	231	78%
Kriminalpräventiver Rat bzw. Präventionsrat	61	21%
LGBTI-(selbst)Organisation	28	9%
Medien	16	5%
Migrant/innen(selbst)organisationen	126	43%
Selbstvertretungen von Asylsuchenden/Geflüchteten	19	6%
Senior/innen(selbst)organisation/Senior/innengruppen	46	16%
Keine der genannten Akteursgruppen	26	9%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit konstituiertem Begleitausschuss (n=296). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Akteursgruppen“.

**Tabelle 42: Bayern: In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen**

	Absolut	In Prozent
Ausländerbeirat	9	35%
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	2	8%
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	3	12%
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	4	15%
Jugendvertretungen/Jugendorganisation	19	73%
Kriminalpräventiver Rat bzw. Präventionsrat	1	4%
LGBTI-(selbst)Organisation	1	4%
Medien	2	8%
Migrant/innen(selbst)organisationen	17	65%
Selbstvertretungen von Asylsuchenden/Geflüchteten	2	8%
Senior/innen(selbst)organisation/Senior/innengruppen	3	12%
Keine der genannten Akteursgruppen	2	8%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit konstituiertem Begleitausschuss aus Bayern (n=26). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Akteursgruppen“.

### 3.2.2.2 Personen/Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind

**Tabelle 43: Gesamt: Personen/Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind**

	Absolut	In Prozent
Ämter	8	4 %
Bürgerbündnisse	53	25 %
Einzelne Bürger/innen	47	22 %
Feuerwehr	41	19 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	47	22 %
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	40	19 %
Jugendvertretungen/Jugendorganisationen	72	33 %
Kriminalpräventiver Rat bzw. Präventionsrat	24	11 %
LGBTI-(selbst)organisationen	68	32 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	6	3 %
Medien	30	14 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	114	53 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	71	33 %
Selbstvertretungen von Asylsuchenden/Geflüchteten	73	34 %
Politik	13	6 %
Polizei	34	16 %
Religiöse Vereinigungen	48	22 %
Schule	50	23 %
Senior/innen(selbst)organisationen/Senior/innen-gruppen	44	20 %
Sport	47	22 %
Wirtschaft	77	36 %
Wissenschaft	28	13 %
Wohlfahrtsverbände	27	13 %
Akteur/innen aus sonstigen Bereichen	15	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019, die angegeben haben, dass es Akteur/innen gibt, die in ihrem Begleitausschuss vertreten sein sollten, es aber bisher nicht sind (n=215).

**Tabelle 44: Bayern: Personen/Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind**

	Absolut	In Prozent
Ämter	1	6 %
Bürgerbündnisse	1	6 %
Einzelne Bürger/innen	2	13%
Feuerwehr	3	19 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	1	6 %
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	3	19 %
Jugendvertretungen/Jugendorganisationen	7	44 %
Kriminalpräventiver Rat bzw. Präventionsrat	1	6 %
LGBTI-(selbst)organisationen	4	25 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	0	0 %
Medien	4	25%
Migrant/innen(selbst)organisationen	6	38%
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	4	25%
Selbstvertretungen von Asylsuchenden/Geflüchteten	3	19%
Politik	1	6%
Polizei	5	31%
Religiöse Vereinigungen	2	13%
Schulen	4	25%
Senior/innen(selbst)organisationen/Senior/innengruppen	3	19%
Sport	3	19%
Wirtschaft	6	38%
Wissenschaft	1	6%
Wohlfahrtsverbände	2	13%
Akteur/innen aus sonstigen Bereichen	2	13%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Bayern, die angegeben haben, dass es Akteur/innen gibt, die in ihrem Begleitausschuss vertreten sein sollten, es aber bisher nicht sind (n=16).

### 3.2.2.3 Intensität des Engagements des Begleitausschusses in verschiedenen Bereichen

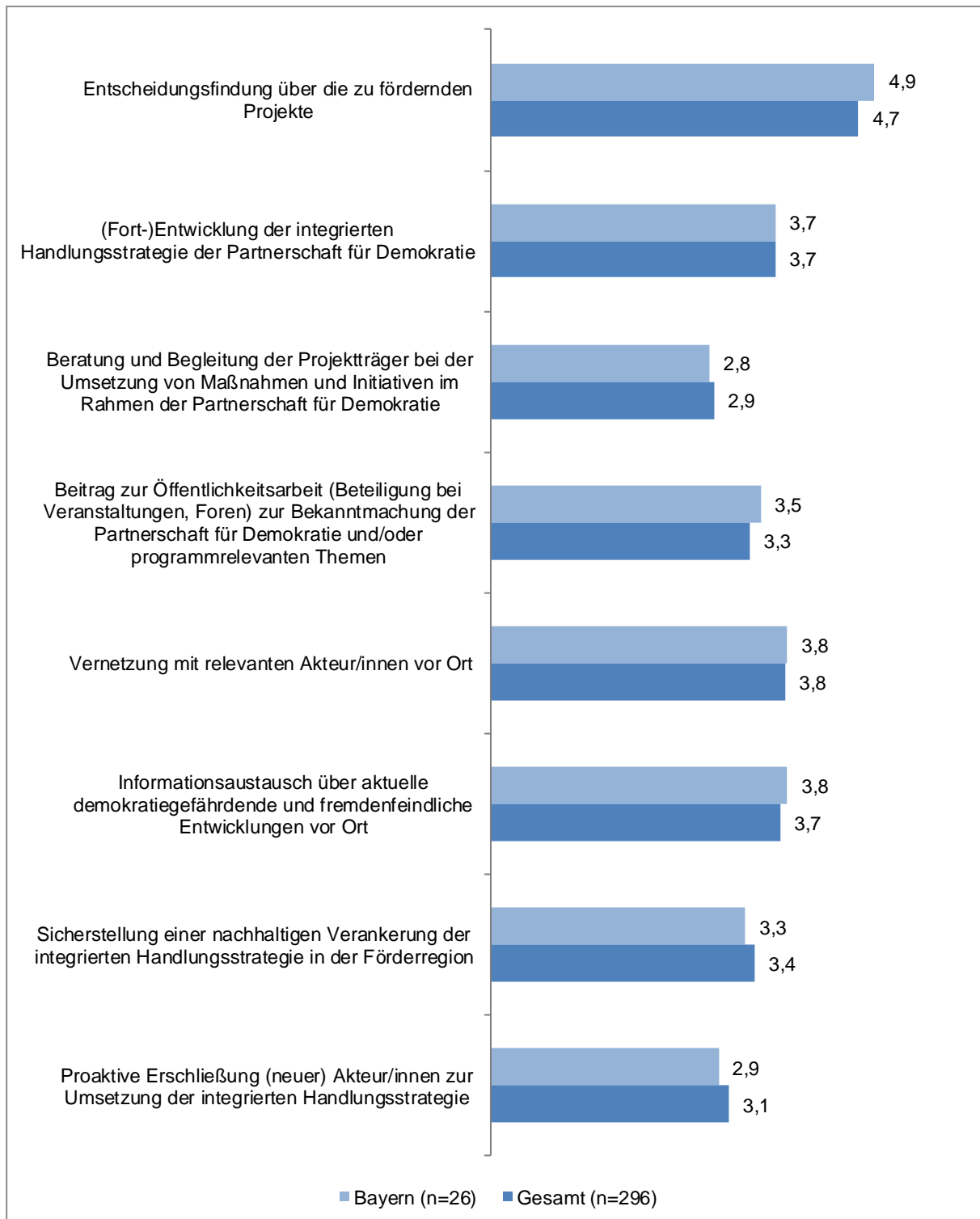
**Tabelle 45: Intensität des Begleitausschusses in verschiedenen Aufgabenbereichen (Mittelwerte)**

	Entscheidungsfindung über die zu fördernden Projekte	(Fort-)Entwicklung der integrierten Handlungsstrategie der Partnerschaft für Demokratie	Beratung und Begleitung der Projektträger bei der Umsetzung von Maßnahmen und Initiativen im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie	Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung der Partnerschaft für Demokratie und/oder programmrelevante Themen	Vernetzung mit relevanten Akteur/innen vor Ort	Informationsaustausch über aktuelle demokratiegefährdende und fremdenfeindliche Entwicklungen vor Ort	Sicherstellung einer nachhaltigen Verankerung der integrierten Handlungsstrategie in der Förderregion	Proaktive Erschließung (neuer) Akteur/innen zur Umsetzung der integrierten Handlungsstrategie
Baden-Württemberg (n=27)	4,5	3,6	2,4	3,3	3,8	3,4	3,4	3,0
Bayern (n=26)	4,9	3,7	2,8	3,5	3,8	3,8	3,3	2,9
Berlin (n=16)	4,8	3,8	3,0	3,1	3,9	3,8	3,4	2,9
Brandenburg (n=17)	4,6	3,6	2,9	3,2	3,7	3,9	3,5	3,4
Hamburg (n=8)	4,9	4,1	3,6	3,9	4,3	4,3	4,3	3,5
Hessen (n=31)	4,7	3,6	2,8	3,4	3,6	3,6	3,2	3,1
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	4,5	3,8	3,1	3,2	3,8	3,7	3,4	3,3
Niedersachsen (n=22)	4,8	3,7	2,9	3,5	3,8	3,6	3,5	2,9
Nordrhein-Westfalen (n=35)	4,8	3,7	2,9	3,5	3,8	3,8	3,5	3,1
Rheinland-Pfalz (n=16)	4,7	3,8	3,0	3,5	3,9	3,9	3,6	3,0
Saarland (n=5)	4,8	3,4	2,4	3,0	4,0	3,4	3,4	3,2

	Entscheidungsfindung über die zu fördernden Projekte	(Fort-) Entwicklung der integrierten Handlungsstrategie der Partnerschaft für Demokratie	Beratung und Begleitung der Projektträger bei der Umsetzung von Maßnahmen und Initiativen im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie	Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung der Partnerschaft für Demokratie und/oder programmrelevante Themen	Vernetzung mit relevanten Akteur/innen vor Ort	Informationsaustausch über aktuelle demokratiefördernde und fremdenfeindliche Entwicklungen vor Ort	Sicherstellung einer nachhaltigen Verankerung der integrierten Handlungsstrategie in der Förderregion	Proaktive Erschließung (neuer) Akteur/innen zur Umsetzung der integrierten Handlungsstrategie
Sachsen (n=21)	4,7	3,6	2,7	3,0	3,6	3,7	3,1	2,7
Sachsen-Anhalt (n=21)	4,7	3,8	2,9	3,2	3,7	3,7	3,4	3,1
Schleswig-Holstein (n=6)	4,7	3,2	3,0	3,0	3,8	3,8	3,7	3,3
Thüringen (n=23)	4,7	3,4	2,8	3,2	3,6	3,7	3,1	3,0
Gesamt (n=296)	4,7	3,7	2,9	3,3	3,8	3,7	3,4	3,1

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2019 (n=296). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („kein Engagement“) bis 5 („hohes Engagement“) berechnet.

**Abbildung 8: Bayern: Intensität des Begleitausschusses in verschiedenen Aufgabenbereichen (Mittelwerte)**



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit konstituiertem Begleitausschuss (n=296). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („kein Engagement“) bis 5 („hohes Engagement“) berechnet.



### 3.2.3 Jugendforen

#### 3.2.3.1 Existenz eines Jugendforums

**Tabelle 46: Existenz eines Jugendforums**

	Nein		Ja	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	2	7 %	26	93 %
Bayern (n=26)	4	15 %	22	85 %
Berlin (n=16)	0	0 %	16	100 %
Brandenburg (n=18)	4	22 %	14	78 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	8	100 %
Hessen (n=31)	1	3 %	30	97 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	5	26 %	14	74 %
Niedersachsen (n=22)	1	5 %	21	95 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	7	19 %	29	81 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	3	18 %	14	82 %
Saarland (n=5)	1	20 %	4	80 %
Sachsen (n=21)	4	19 %	17	81 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	8	38 %	13	62 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	6	100 %
Thüringen (n=23)	1	4 %	22	96 %
Gesamt (n=300)	41	14 %	259	86 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

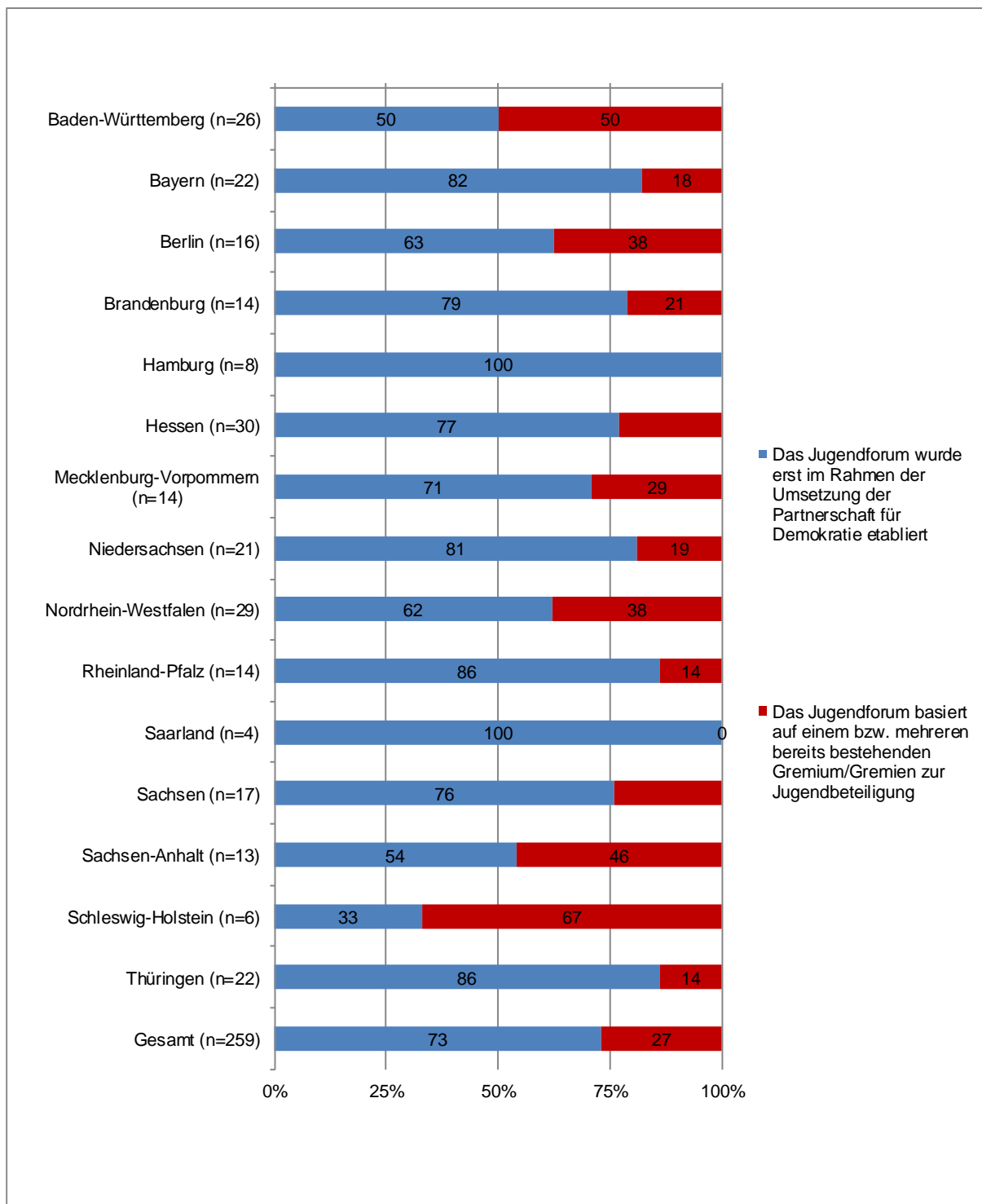
### 3.2.3.1.1 Stand und Umsetzung der Implementierung der Jugendforen - Anknüpfung an bestehende Strukturen

**Tabelle 47: Etablierungskontext des Jugendforums**

	Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert		Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=26)	13	50 %	13	50 %
Bayern (n=22)	18	82 %	4	18 %
Berlin (n=16)	10	63 %	6	38 %
Brandenburg (n=14)	11	79 %	3	21 %
Hamburg (n=8)	8	100 %	0	0 %
Hessen (n=30)	23	77 %	7	23 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=14)	10	71 %	4	29 %
Niedersachsen (n=21)	17	81 %	4	19 %
Nordrhein-Westfalen (n=29)	18	62 %	11	38 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	12	86 %	2	14 %
Saarland (n=4)	4	100 %	0	0 %
Sachsen (n=17)	13	76 %	4	24 %
Sachsen-Anhalt (n=13)	7	54 %	6	46 %
Schleswig-Holstein (n=6)	2	33 %	4	67 %
Thüringen (n=22)	19	86 %	3	14 %
Gesamt (n=259)	188	73 %	71	27 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit etabliertem Jugendforum (n=259).

**Abbildung 9: Etablierungskontext des Jugendforums**



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit etabliertem Jugendforum (n=259).

**Tabelle 48: Etablierungskontext des Jugendforums (Kommunen)**

	Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert		Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=18)	6	33 %	12	67 %
Bayern (n=14)	10	71 %	4	29 %
Berlin (n=16)	10	63 %	6	38 %
Brandenburg (n=14)	3	75 %	1	25 %
Hamburg (n=8)	8	100 %	0	0 %
Hessen (n=16)	10	63 %	6	38 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=8)	4	50 %	4	50 %
Niedersachsen (n=14)	11	79 %	3	21 %
Nordrhein-Westfalen (n=27)	17	63 %	10	37 %
Rheinland-Pfalz (n=9)	8	89 %	1	11 %
Saarland (n=2)	2	100 %	0	0 %
Sachsen (n=10)	6	60 %	4	40 %
Sachsen-Anhalt (n=4)	2	50 %	2	50 %
Schleswig-Holstein (n=4)	1	25 %	3	75 %
Thüringen (n=7)	5	71 %	2	29 %
Gesamt (n=164)	106	65 %	58	35 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit etabliertem Jugendforum der Kommunen (n=164).

**Tabelle 49: Etablierungskontext des Jugendforums (Landkreise)**

	Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert		Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=7)	6	86 %	1	14 %
Bayern (n=8)	8	100 %	0	0 %
In Berlin gibt es keine Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum in Landkreisen.				
Brandenburg (n=8)	6	75 %	2	25 %
In Hamburg gibt es keine Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum in Landkreisen.				
Hessen (n=9)	8	89 %	1	11 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=2)	2	100 %	0	0 %
Niedersachsen (n=6)	5	83 %	1	17 %
Nordrhein-Westfalen (n=2)	1	50 %	1	50 %
Rheinland-Pfalz (n=3)	2	67 %	1	33 %
Saarland (n=2)	2	100 %	0	0 %
Sachsen (n=5)	5	100 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=8)	4	50 %	4	50 %
Schleswig-Holstein (n=1)	1	100 %	0	0 %
Thüringen (n=14)	13	93 %	1	7 %
Gesamt (n=75)	63	84 %	12	16 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit etabliertem Jugendforum der Landkreise (n=75).

**Tabelle 50: Etablierungskontext des Jugendforums (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)**

	Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert		Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=1)	1	100 %	0	0 %
In Bayern gibt es keine Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum in Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften.				
In Berlin gibt es keine Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum in Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften.				
Brandenburg (n=2)	2	100 %	0	0 %
In Hamburg gibt es keine Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum in Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften.				
Hessen (n=5)	5	100 %	0	0 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=4)	4	100 %	0	0 %
Niedersachsen (n=1)	1	100 %	0	0 %
In Nordrhein-Westfalen gibt es keine Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum in Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften.				
Rheinland-Pfalz (n=2)	2	100 %	0	0 %
Im Saarland gibt es keine Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum in Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften.				
Sachsen (n=2)	2	100 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=1)	1	100 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=1)	0	0 %	1	100 %
Thüringen (n=1)	1	100 %	0	0 %
Gesamt (n=20)	19	95 %	1	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit etabliertem Jugendforum der Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (n=20).

### 3.2.3.2 Jugendpartizipation in den Partnerschaften für Demokratie

#### 3.2.3.2.1 Aufgaben des Jugendforums

**Tabelle 51: Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung bei konstituiertem Jugendforum (Anteil der „Ja“-Antworten)**

	Projektorientierte Beteiligungsform (thematisch und zeitliche begrenztes Engagement)		Kinder- und Jugendlichenvertretung in Erwachsenenengremien über den Beiratsausschuss hinaus (Beteiligung der Jugendlichen in Foren, Demokratiekonferenzen etc.)		Offene oder repräsentative jugendspezifische Beteiligungsform (Jugendhearings, Jugendstadtkonferenzen etc.)		Beteiligung in Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit		Beteiligung bei der kommunalen Jugendhilfeplanung (z. B. Jugendförderpläne)		Kann ich (noch) nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Baden-Württemberg (n=26)	21	81 %	13	50 %	17	65 %	12	46 %	5	19 %	3	12 %
Bayern (n=22)	18	82 %	7	32 %	10	45 %	0	0 %	2	9 %	3	14 %
Berlin (n=16)	12	75 %	5	31 %	4	25 %	11	69 %	1	6 %	0	0 %
Brandenburg (n=14)	10	71 %	9	64 %	7	50 %	5	36 %	2	14 %	0	0 %
Hamburg (n=8)	6	75 %	3	38 %	6	75 %	5	63 %	1	13 %	0	0 %
Hessen (n=30)	25	83 %	13	43 %	10	33 %	14	47 %	2	7 %	3	10 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=14)	11	79 %	6	43 %	5	36 %	4	29 %	1	7 %	1	7 %
Niedersachsen (n=21)	19	90 %	10	48 %	10	48 %	9	43 %	0	0 %	1	5 %
Nordrhein-Westfalen (n=29)	23	79 %	11	38 %	10	34 %	11	38 %	3	10 %	2	7 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	13	93 %	5	36 %	1	7 %	5	36 %	1	7 %	0	0 %

	Projektorientierte Beteiligungsform (thematisch und zeitliche begrenztes Engagement)		Kinder- und Jugendlichenvertretung in Erwachsenenengremien über den Beiratsausschuss hinaus (Beteiligung der Jugendlichen in Foren, Demokratiekonferenzen etc.)		Offene oder repräsentative jugendspezifische Beteiligungsform (Jugendhearings, Jugendstadteilkonferenzen etc.)		Beteiligung in Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit		Beteiligung bei der kommunalen Jugendhilfeplanung (z. B. Jugendförderpläne)		Kann ich (noch) nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Saarland (n=4)	4	100 %	1	25 %	1	25 %	3	75 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=17)	14	82 %	6	35 %	8	47 %	4	24 %	3	18 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=13)	9	69 %	11	85 %	5	38 %	8	62 %	2	15 %	1	8 %
Schleswig-Holstein (n=6)	5	83 %	5	83 %	3	50 %	2	33 %	1	17 %	0	0 %
Thüringen (n=22)	18	82 %	11	50 %	10	45 %	11	50 %	5	23 %	0	0 %
Gesamt (n=259)	210	81 %	117	45 %	108	42 %	113	44 %	29	11 %	14	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit etabliertem Jugendforum (n=259). Mehrfachnennungen sind möglich.



### 3.2.3.2.2 Beteiligung der Jugendlichen im Rahmen des politischen Prozesses der Partnerschaften für Demokratie

**Tabelle 52: Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses (Anteil der „Ja“-Antworten)**

	Problemdefinition und Zielbestimmung		Beteiligung bei der Ideen- und Vorschlagsentwicklung		Beteiligung bei Entscheidungen		Beteiligung bei der Planung		Umsetzung - Engagement und Verantwortungsübernahme		Kann ich (noch) nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	14	50 %	23	82 %	21	75 %	19	68 %	17	61 %	3	11 %
Bayern (n=26)	9	35 %	18	69 %	16	62 %	14	54 %	16	62 %	6	23 %
Berlin (n=16)	9	56 %	11	69 %	10	63 %	10	63 %	12	75 %	1	6 %
Brandenburg (n=18)	11	61 %	14	78 %	13	72 %	12	67 %	12	67 %	2	11 %
Hamburg (n=8)	3	38 %	8	100 %	7	88 %	8	100 %	6	75 %	0	0 %
Hessen (n=31)	16	52 %	23	74 %	19	61 %	19	61 %	19	61 %	7	23 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	8	42 %	14	74 %	8	42 %	13	68 %	9	47 %	5	26 %
Niedersachsen (n=22)	13	59 %	19	86 %	15	68 %	16	73 %	15	68 %	3	14 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	20	56 %	30	83 %	29	81 %	29	81 %	20	56 %	4	11 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	10	59 %	13	76 %	12	71 %	12	71 %	13	76 %	2	12 %
Saarland (n=5)	4	80 %	4	80 %	5	100 %	5	100 %	5	100 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	11	52 %	17	81 %	14	67 %	13	62 %	11	52 %	3	14 %

	Problemdefinition und Zielbestimmung		Beteiligung bei der Ideen- und Vorschlagsentwicklung		Beteiligung bei Entscheidungen		Beteiligung bei der Planung		Umsetzung - Engagement und Verantwortungsübernahme		Kann ich (noch) nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Sachsen-Anhalt (n=21)	13	62 %	17	81 %	16	76 %	16	76 %	13	62 %	3	14 %
Schleswig-Holstein (n=6)	4	67 %	6	100 %	6	100 %	4	67 %	4	67 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	15	65 %	19	83 %	20	87 %	18	78 %	20	87 %	3	13 %
Gesamt (N=300)	163	54 %	239	80 %	214	71 %	210	70 %	195	65 %	42	14 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen.“

### 3.2.3.2.3 Mitbestimmung durch Jugendliche

**Tabelle 53: Stimmrecht von Mitgliedern der Jugendforen in Begleitausschüssen**

	Ja		Nein		Kann ich (noch) nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=26)	20	91 %	2	9 %	0	0 %
Bayern (n=22)	18	90 %	2	10 %	0	0 %
Berlin (n=16)	5	56 %	4	44 %	0	0 %
Brandenburg (n=14)	12	100 %	0	0 %	0	0 %
Hamburg (n=8)	6	100 %	0	0 %	0	0 %
Hessen (n=30)	24	100 %	0	0 %	0	0 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=14)	8	100 %	0	0 %	0	0 %
Niedersachsen (n=21)	20	100 %	0	0 %	0	0 %
Nordrhein-Westfalen (n=29)	25	96 %	1	4 %	0	0 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	11	92 %	1	8 %	0	0 %
Saarland (n=4)	2	100 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=17)	10	91 %	1	9 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=13)	11	92 %	1	8 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	6	100 %	0	0 %	0	0 %
Thüringen (n=22)	19	95 %	1	5 %	0	0 %
Gesamt (n=212)	199	94 %	13	6 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (n=212) mit konstituiertem Begleitausschuss, etabliertem Jugendforum und Vertreter/innen der Jugendforen im Begleitausschuss.

**Tabelle 54: Eigenständige Entscheidung der Mitglieder des Jugendforums über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds**

	Ja		Nein		Kann ich (noch) nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=26)	26	100 %	0	0 %	0	0 %
Bayern (n=22)	22	100 %	0	0 %	0	0 %
Berlin (n=16)	12	75 %	3	19 %	1	6 %
Brandenburg (n=14)	12	86 %	1	7 %	1	7 %
Hamburg (n=8)	7	88 %	1	13 %	0	0 %
Hessen (n=30)	24	80 %	4	13 %	2	7 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=14)	11	79 %	2	14 %	1	7 %
Niedersachsen (n=21)	15	71 %	2	10 %	4	19 %
Nordrhein-Westfalen (n=29)	26	90 %	2	7 %	1	3 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	14	100 %	0	0 %	0	0 %
Saarland (n=4)	4	100 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=17)	14	82 %	3	18 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=13)	10	77 %	3	23 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	6	100 %	0	0 %	0	0 %
Thüringen (n=22)	18	82 %	3	14 %	1	5 %
Gesamt (n=259)	224	86 %	24	9 %	11	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 mit etabliertem Jugendforum (n=259).

### 3.3 Geförderte Projekte und Initiativen

#### 3.3.1 Zielgruppen der Projekte und Initiativen

**Tabelle 55: Gesamt: Zielgruppen der im Jahr 2018 geförderten Projekte/Initiativen**

	Absolut	In Prozent
Kinder in Kindertagesstätten	59	23 %
Kinder/Jugendliche in Schulen	228	87 %
Kinder/Jugendliche in außerschulischen Einrichtungen	224	86 %
Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund	215	82 %
Kinder/Jugendliche aus bildungsfernen Milieus	175	67 %
Radikalisierungsgefährdete Kinder/Jugendliche	92	35 %
Ehrenamtlich engagierte Kinder/Jugendliche	152	58 %
Eltern bzw. Erziehungsberechtigte	140	54 %
Pädagogische Fachkräfte (Erzieher/innen, Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen in der Jugendarbeit etc.)	207	79 %
Erwachsene mit Migrationshintergrund	208	80 %
Erwachsene ohne Migrationshintergrund	197	75 %
Zivilgesellschaftlich engagierte Erwachsene (z. B. Ehrenamtliche in Vereinen/Verbänden etc.)	235	90 %
Menschen mit Behinderung	91	35 %
Asylsuchende/Geflüchtete	167	64 %
Staatliche Akteure (z. B. Mitarbeiter/innen in der Verwaltung)	110	42 %
Breite Öffentlichkeit/Bürger/innen	228	87 %
Sonstiges	10	4 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	1	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus dem ersten bis vierten Interessenbekundungsverfahren (n=261). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

**Tabelle 56: Bayern: Zielgruppen der im Jahr 2018 geförderten Projekte/Initiativen**

	Absolut	In Prozent
Kinder in Kindertagesstätten	2	9 %
Kinder/Jugendliche in Schulen	21	95 %
Kinder/Jugendliche in außerschulischen Einrichtungen	17	77 %
Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund	17	77 %
Kinder/Jugendliche aus bildungsfernen Milieus	9	41 %
Radikalisierungsgefährdete Kinder/Jugendliche	7	32 %
Ehrenamtlich engagierte Kinder/Jugendliche	11	50 %
Eltern bzw. Erziehungsberechtigte	11	50 %
Pädagogische Fachkräfte (Erzieher/innen, Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen in der Jugendarbeit etc.)	15	68 %
Erwachsene mit Migrationshintergrund	19	86 %
Erwachsene ohne Migrationshintergrund	20	91 %
Zivilgesellschaftlich engagierte Erwachsene (z. B. Ehrenamtliche in Vereinen/Verbänden etc.)	21	95 %
Menschen mit Behinderung	7	32 %
Asylsuchende/Geflüchtete	14	64 %
Staatliche Akteure (z. B. Mitarbeiter/innen in der Verwaltung)	5	23 %
Breite Öffentlichkeit/Bürger/innen	20	91 %
Sonstiges	0	0 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus dem ersten bis vierten Interessenbekundungsverfahren aus Bayern (n=22). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

### 3.3.2 Projekte und Initiativen differenziert nach Arbeitsschwerpunkten

**Tabelle 57: Gesamt: Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2018 differenziert nach Schwerpunkten**

	Anzahl der geförderten Projekte/Initiativen	Anteil an der Gesamtzahl der geförderten Projekte/Initiativen
Anzahl der bewilligten Projekte/Initiativen insgesamt:	6035	100 %
Aktuelle Formen des Antisemitismus	284	5 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	189	3 %
Antiziganismus	48	1 %
Homo- und Transfeindlichkeit	87	1 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	1102	18 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	526	9 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	74	1 %
Linke Militanz	1	0 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	745	12 %
Demokratieförderung	1817	30 %
Gender Mainstreaming	117	2 %
Diversity Mainstreaming	247	4 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	116	2 %
Sonstiges	682	11 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus dem ersten bis vierten Interessenbekundungsverfahren (n=261). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

**Tabelle 58: Bayern: Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2018 differenziert nach Schwerpunkten**

	Anzahl der geförderten Projekte/Initiativen	Anteil an der Gesamtzahl der geförderten Projekte/Initiativen
Anzahl der bewilligten Projekte/Initiativen insgesamt:	560	100 %
Aktuelle Formen des Antisemitismus	41	7 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	13	2 %
Antiziganismus	8	1 %
Homo- und Transfeindlichkeit	5	1 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	77	14 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	64	11 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	3	1 %
Linke Militanz	0	0 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	71	13 %
Demokratieförderung	161	29 %
Gender Mainstreaming	11	2 %
Diversity Mainstreaming	38	7 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	11	2 %
Sonstiges	57	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Bayern, aus dem ersten bis vierten Interessenbekundungsverfahren (n=22). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.



### 3.3.3 Projekte und Initiativen differenziert nach Fonds

**Tabelle 59: Bewilligte Projekte/Initiativen aus Mitteln des Bundesprogramms im Jahr 2018 differenziert nach spezifischer Finanzierungsquelle**

	Bewilligte Projekte/Initiativen aus Mitteln des Bundesprogramms		davon aus den Mitteln des Aktions- und Initiativfonds		davon aus den Mitteln des Jugendfonds		davon aus den Mitteln des Fonds für die Partizipation, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Coaching	
	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der aus Bundesmitteln geförderten Projekte/Initiativen	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der aus Bundesmitteln geförderten Projekte/Initiativen	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der aus Bundesmitteln geförderten Projekte/Initiativen	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der aus Bundesmitteln geförderten Projekte/Initiativen
Baden-Württemberg (n=21)	403	100 %	292	72 %	79	20 %	32	8 %
Bayern (n=22)	527	100 %	363	69 %	138	26 %	26	5 %
Berlin (n=15)	236	100 %	166	70 %	53	22 %	17	7 %
Brandenburg (n=15)	372	100 %	274	74 %	63	17 %	35	9 %
Hamburg (n=7)	132	100 %	83	63 %	29	22 %	20	15 %
Hessen (n=28)	611	100 %	451	74 %	112	18 %	48	8 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	382	100 %	284	74 %	76	20 %	22	6 %
Niedersachsen (n=18)	386	100 %	309	80 %	59	15 %	18	5 %
Nordrhein-Westfalen (n=29)	602	100 %	448	74 %	113	19 %	41	7 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	240	100 %	177	74 %	41	17 %	22	9 %
Saarland (n=5)	92	100 %	61	66 %	25	27 %	6	7 %
Sachsen (n=18)	410	100 %	332	81 %	59	14 %	19	5 %

	Bewilligte Projekte/Initiativen aus Mitteln des Bundesprogramms		davon aus den Mitteln des Aktions- und Initiativfonds		davon aus den Mitteln des Jugendfonds		davon aus den Mitteln des Fonds für die Partizipation, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Coaching	
	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der aus Bundesmitteln geförderten Projekte/Initiativen	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der aus Bundesmitteln geförderten Projekte/Initiativen	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der aus Bundesmitteln geförderten Projekte/Initiativen	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der aus Bundesmitteln geförderten Projekte/Initiativen
Sachsen-Anhalt (n=19)	435	100 %	336	77 %	79	18 %	20	5 %
Schleswig-Holstein (n=6)	119	100 %	96	81 %	19	16 %	4	3 %
Thüringen (n=23)	606	100 %	464	77 %	97	16 %	45	7 %
Gesamt (n=261)	5636	100 %	4170	74 %	1070	19 %	396	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus dem ersten bis vierten Interessenbekundungsverfahren (n=261). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

### 3.4 Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit

#### 3.4.1 Formate der Öffentlichkeitsarbeit

**Tabelle 60: Gesamt: (Geplante) Aktivitäten zur Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit für das Jahr 2019**

	Absolut	In Prozent
Einrichtung bzw. Pflege einer eigenen Webseite für die Partnerschaft für Demokratie	251	84 %
Einrichtung bzw. Pflege eigener Profile der Partnerschaft für Demokratie in sozialen Medien (z. B. Facebook, Twitter, Youtube etc.)	143	48 %
Regelmäßige Presseerklärungen bzw. Pressemitteilungen (z. B. zu Projekten und/oder Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie)	213	71 %
Beitrag im Fernsehen/Radio	54	18 %
Erstellung eines Films/Videos	60	20 %
Aktionen/Infostände/Ausstellungen im öffentlichen Raum	246	82 %
Umsetzung von Fundraisingaktionen, Crowdfunding etc.	7	2 %
Erstellung (neuer) Materialien zu programmrelevanten Aktivitäten (z. B. Banner, Flyer, Poster, Broschüren etc.)	221	74 %
Informationsveranstaltungen/Fachtage zu programmrelevanten Themen	174	58 %
Sonstiges	41	14 %
Keine der Genannten	6	2 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	5	2 %

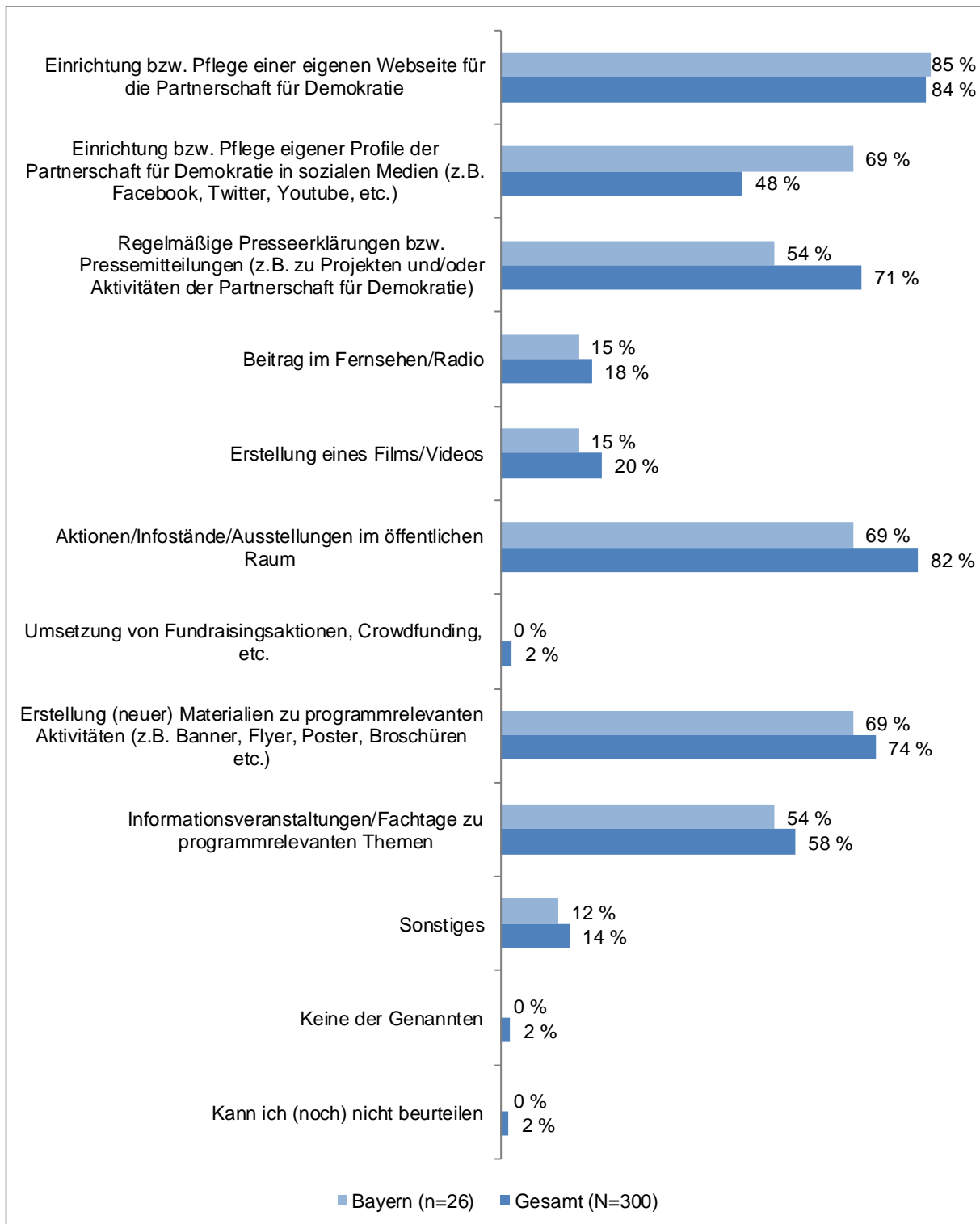
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der Genannten“ bzw. „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

**Tabelle 61: Bayern: (Geplante) Aktivitäten zur Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit für das Jahr 2019**

	Absolut	In Prozent
Einrichtung bzw. Pflege einer eigenen Webseite für die Partnerschaft für Demokratie	22	85 %
Einrichtung bzw. Pflege eigener Profile der Partnerschaft für Demokratie in sozialen Medien (z. B. Facebook, Twitter, Youtube etc.)	18	69 %
Regelmäßige Presseerklärungen bzw. Pressemitteilungen (z. B. zu Projekten und/oder Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie)	14	54 %
Beitrag im Fernsehen/Radio	4	15 %
Erstellung eines Films/Videos	4	15 %
Aktionen/Infostände/Ausstellungen im öffentlichen Raum	18	69 %
Umsetzung von Fundraisingaktionen, Crowdfunding etc.	0	0 %
Erstellung (neuer) Materialien zu programmrelevanten Aktivitäten (z. B. Banner, Flyer, Poster, Broschüren etc.)	18	69 %
Informationsveranstaltungen/Fachtage zu programmrelevanten Themen	14	54 %
Sonstiges	3	12 %
Keine der Genannten	0	0 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Bayern (n=26). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der Genannten“ bzw. „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

**Abbildung 10: Bayern: (Geplante) Aktivitäten zur Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit für das Jahr 2019**



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der Genannten“ bzw. „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

### 3.4.2 Kenntnisse über und Vernetzung mit weiteren (Programm-)Akteuren

#### 3.4.2.1 Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen

**Tabelle 62: Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen: Andere Partnerschaft(en) für Demokratie aus der gleichen Region**

	Keine Zusammenarbeit		Es fand eine Form der Zusammenarbeit statt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	0	0 %	28	100 %
Bayern (n=26)	2	8 %	24	92 %
Berlin (n=16)	1	6 %	15	94 %
Brandenburg (n=18)	2	11 %	16	89 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	8	100 %
Hessen (n=31)	4	13 %	27	87 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	3	16 %	16	84 %
Niedersachsen (n=22)	3	14 %	19	86 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	2	6 %	34	94 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	2	12 %	15	88 %
Saarland (n=5)	0	0 %	5	100 %
Sachsen (n=21)	1	5 %	20	95 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	3	14 %	18	86 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	6	100 %
Thüringen (n=23)	0	0 %	23	100 %
Gesamt (N=300)	23	8 %	277	92 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 63: Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen: Andere Partnerschaft(en) für Demokratie über die eigene Region hinaus**

	Keine Zusammenarbeit		Es fand eine Form der Zusammenarbeit statt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	10	36 %	18	64 %
Bayern (n=26)	6	23 %	20	77 %
Berlin (n=16)	4	25 %	12	75 %
Brandenburg (n=18)	1	6 %	17	94 %
Hamburg (n=8)	7	88 %	1	13 %
Hessen (n=31)	4	13 %	27	87 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	3	16 %	16	84 %
Niedersachsen (n=22)	5	23 %	17	77 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	9	25 %	27	75 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	4	24 %	13	76 %
Saarland (n=5)	0	0 %	5	100 %
Sachsen (n=21)	1	5 %	20	95 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	3	14 %	18	86 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	6	100 %
Thüringen (n=23)	2	9 %	21	91 %
Gesamt (N=300)	59	20 %	241	80 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 64: Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen: Landeskoordinator/in der Demokratiezentren/Beratungsnetzwerke**

	Keine Zusammenarbeit		Es fand eine Form der Zusammenarbeit statt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	2	7 %	26	93 %
Bayern (n=26)	7	27 %	19	73 %
Berlin (n=16)	1	6 %	15	94 %
Brandenburg (n=18)	7	39 %	11	61 %
Hamburg (n=8)	1	13 %	7	88 %
Hessen (n=31)	3	10 %	28	90 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	1	5 %	18	95 %
Niedersachsen (n=22)	6	27 %	16	73 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	15	42 %	21	58 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	1	6 %	16	94 %
Saarland (n=5)	0	0 %	5	100 %
Sachsen (n=21)	1	5 %	20	95 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	5	24 %	16	76 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	6	100 %
Thüringen (n=23)	3	13 %	20	87 %
Gesamt (N=300)	53	18 %	247	82 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).



**Tabelle 65: Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen: Mobile Berater/in**

	Keine Zusammenarbeit		Es fand eine Form der Zusammenarbeit statt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	15	54 %	13	46 %
Bayern (n=26)	10	38 %	16	62 %
Berlin (n=16)	2	13 %	14	88 %
Brandenburg (n=18)	1	6 %	17	94 %
Hamburg (n=8)	1	13 %	7	88 %
Hessen (n=31)	15	48 %	16	52 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	12	63 %	7	37 %
Niedersachsen (n=22)	13	59 %	9	41 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	22	61 %	14	39 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	9	53 %	8	47 %
Saarland (n=5)	0	0 %	5	100 %
Sachsen (n=21)	6	29 %	15	71 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	5	24 %	16	76 %
Schleswig-Holstein (n=6)	4	67 %	2	33 %
Thüringen (n=23)	2	9 %	21	91 %
<b>Gesamt (N=300)</b>	<b>117</b>	<b>39 %</b>	<b>183</b>	<b>61 %</b>

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 66: Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen: Opferberater/in**

	Keine Zusammenarbeit		Es fand eine Form der Zusammenarbeit statt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	17	61 %	11	39 %
Bayern (n=26)	20	77 %	6	23 %
Berlin (n=16)	6	38 %	10	63 %
Brandenburg (n=18)	12	67 %	6	33 %
Hamburg (n=8)	2	25 %	6	75 %
Hessen (n=31)	23	74 %	8	26 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	13	68 %	6	32 %
Niedersachsen (n=22)	19	86 %	3	14 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	26	72 %	10	28 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	13	76 %	4	24 %
Saarland (n=5)	0	0 %	5	100 %
Sachsen (n=21)	11	52 %	10	48 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	12	57 %	9	43 %
Schleswig-Holstein (n=6)	6	100 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	9	39 %	14	61 %
<b>Gesamt (N=300)</b>	<b>189</b>	<b>63 %</b>	<b>111</b>	<b>37 %</b>

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 67: Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen: Ausstiegsberater/in**

	Keine Zusammenarbeit		Es fand eine Form der Zusammenarbeit statt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	22	79 %	6	21 %
Bayern (n=26)	22	85 %	4	15 %
Berlin (n=16)	16	100 %	0	0 %
Brandenburg (n=18)	18	100 %	0	0 %
Hamburg (n=8)	1	13 %	7	88 %
Hessen (n=31)	27	87 %	4	13 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	14	74 %	5	26 %
Niedersachsen (n=22)	19	86 %	3	14 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	28	78 %	8	22 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	14	82 %	3	18 %
Saarland (n=5)	5	100 %	0	0 %
Sachsen (n=21)	12	57 %	9	43 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	19	90 %	2	10 %
Schleswig-Holstein (n=6)	6	100 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	19	83 %	4	17 %
<b>Gesamt (N=300)</b>	<b>242</b>	<b>81 %</b>	<b>58</b>	<b>19 %</b>

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 68: Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen: Träger von Modellprojekten**

	Keine Zusammenarbeit		Es fand eine Form der Zusammenarbeit statt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	15	54 %	13	46 %
Bayern (n=26)	18	69 %	8	31 %
Berlin (n=16)	5	31 %	11	69 %
Brandenburg (n=18)	11	61 %	7	39 %
Hamburg (n=8)	1	13 %	7	88 %
Hessen (n=31)	17	55 %	14	45 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	12	63 %	7	37 %
Niedersachsen (n=22)	13	59 %	9	41 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	20	56 %	16	44 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	10	59 %	7	41 %
Saarland (n=5)	0	0 %	5	24 %
Sachsen (n=21)	5	24 %	16	76 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	7	33 %	14	67 %
Schleswig-Holstein (n=6)	1	17 %	5	83 %
Thüringen (n=23)	9	39 %	14	61 %
Gesamt (N=300)	144	48 %	156	52 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 69: Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen: NGOs in der Strukturförderung zum bundeszentralen Träger**

	Keine Zusammenarbeit		Es fand eine Form der Zusammenarbeit statt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	17	61 %	11	39 %
Bayern (n=26)	24	92 %	2	8 %
Berlin (n=16)	6	38 %	10	63 %
Brandenburg (n=18)	12	67 %	6	33 %
Hamburg (n=8)	5	63 %	3	38 %
Hessen (n=31)	20	65 %	11	35 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	14	74 %	5	26 %
Niedersachsen (n=22)	15	68 %	7	32 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	31	86 %	5	14 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	10	59 %	7	41 %
Saarland (n=5)	3	60 %	2	40 %
Sachsen (n=21)	11	52 %	10	48 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	13	62 %	8	38 %
Schleswig-Holstein (n=6)	6	100 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	12	52 %	11	48 %
Gesamt (N=300)	199	66 %	101	34 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

### 3.5 Integrierte Handlungsstrategie

#### 3.5.1 Einschätzung zum Entstehungsprozess der integrierten Handlungsstrategie

**Tabelle 70: Einschätzung zum Entstehungsprozess der integrierten Handlungsstrategie: Die integrierte Handlungsstrategie ist das Ergebnis eines intensiven Austauschprozesses im Begleitausschuss bzw. der Demokratiekonferenz.**

	Stimme gar nicht zu		Stimme eher nicht zu		Teils/teils		Stimme eher zu		Stimme voll zu	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=14)	2	14 %	0	0 %	3	21 %	5	36 %	4	29 %
Bayern (n=20)	0	0 %	3	15 %	7	35 %	9	45 %	1	5 %
Berlin (n=14)	0	0 %	1	7 %	2	14 %	5	36 %	6	43 %
Brandenburg (n=14)	0	0 %	2	14 %	3	21 %	7	50 %	2	14 %
Hamburg (n=5)	0	0 %	0	0 %	0	0 %	2	40 %	3	60 %
Hessen (n=22)	1	5 %	1	5 %	6	27 %	8	36 %	6	27 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=17)	0	0 %	2	12 %	6	35 %	2	12 %	7	41 %
Niedersachsen (n=16)	0	0 %	1	6 %	6	38 %	6	38 %	3	19 %
Nordrhein-Westfalen (n=23)	0	0 %	1	4 %	9	39 %	7	30 %	6	26 %
Rheinland-Pfalz (n=12)	0	0 %	3	25 %	0	0 %	4	33 %	5	42 %
Saarland (n=5)	0	0 %	0	0 %	0	0 %	2	40 %	3	60 %
Sachsen (n=16)	0	0 %	1	6 %	4	25 %	7	44 %	4	25 %
Sachsen-Anhalt (n=17)	0	0 %	0	0 %	5	29 %	6	35 %	6	35 %
Schleswig-Holstein (n=4)	0	0 %	0	0 %	0	0 %	1	25 %	3	75 %

	Stimme gar nicht zu		Stimme eher nicht zu		Teils/teils		Stimme eher zu		Stimme voll zu	
	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent	Abso- lut	In Pro- zent
Thüringen (n=22)	1	5 %	2	9 %	6	27 %	5	23 %	8	36 %
Gesamt (n=224)	4	2 %	17	8 %	57	25 %	77	34 %	69	31 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen aus dem ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahren sowie des vierten oder fünften Interessenbekundungsverfahrens, die bereits ein Konzept für eine integrierte Handlungsstrategie entwickelt haben (n=224).

### 3.5.2 Arbeitsschwerpunkte der Partnerschaften für Demokratie

**Tabelle 71: Gesamt: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2019 bearbeitet werden**

	Absolut	In Prozent
Aktuelle Formen des Antisemitismus	117	39 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	120	40 %
Antiziganismus	53	18 %
Homo- und Transfeindlichkeit	73	24 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	175	58 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	190	63 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	56	19 %
Linke Militanz	4	1 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	139	46 %
Demokratieförderung	279	93 %
Gender Mainstreaming	82	27 %
Diversity Mainstreaming	118	39 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	79	26 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300). Mehrfachnennungen sind möglich.

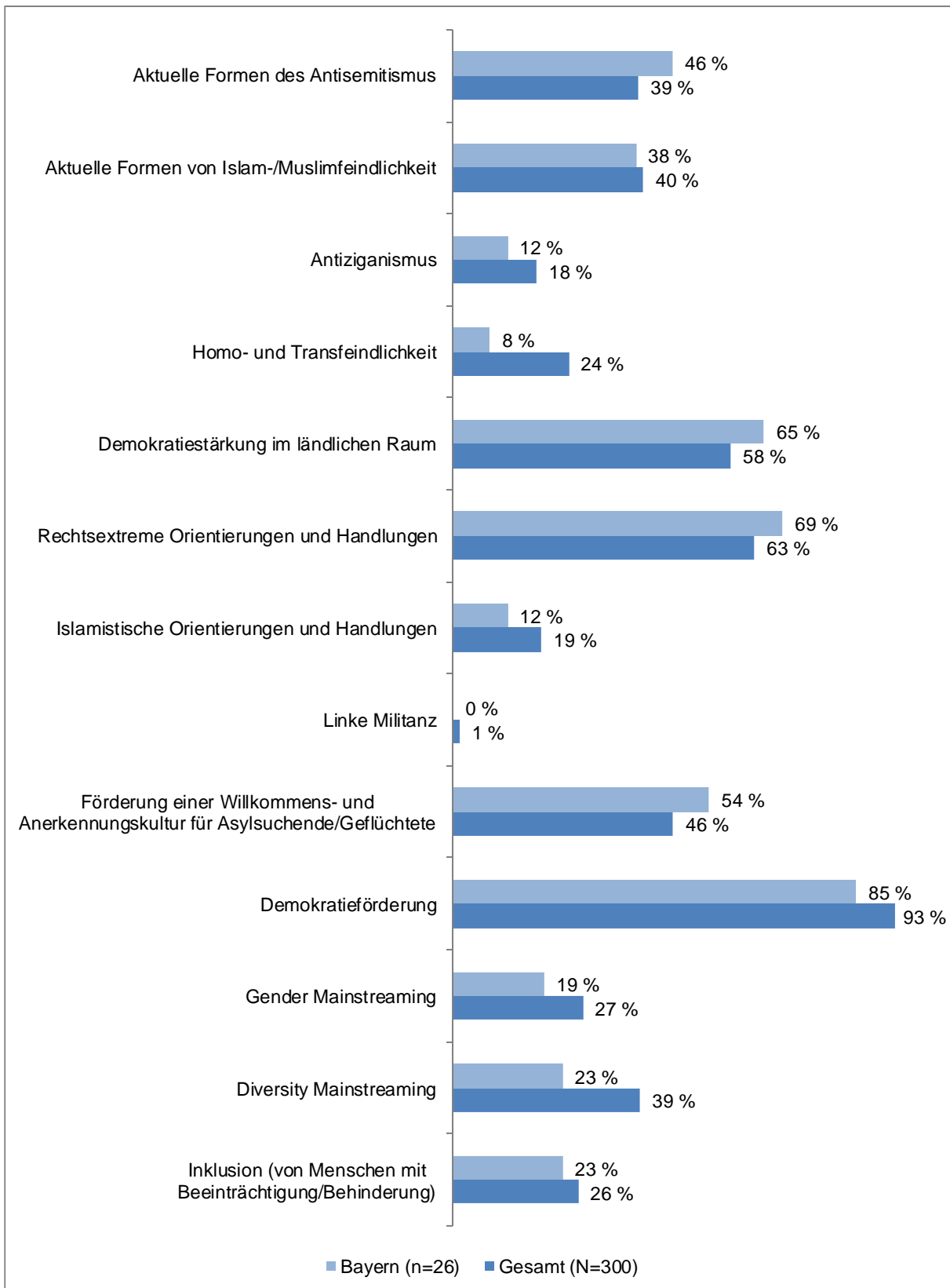
**Tabelle 72: Bayern: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2019 bearbeitet werden**

	Absolut	In Prozent
Aktuelle Formen des Antisemitismus	12	46 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	10	38 %
Antiziganismus	3	12 %
Homo- und Transfeindlichkeit	2	8 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	17	65 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	18	69 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	3	12 %
Linke Militanz	0	0 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	14	54 %
Demokratieförderung	22	85 %
Gender Mainstreaming	5	19 %
Diversity Mainstreaming	6	23 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	6	23 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen aus Bayern 2019 (n=26). Mehrfachnennungen sind möglich.



**Abbildung 11: Bayern: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2019 bearbeitet werden**



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300). Mehrfachnennungen sind möglich.

### 3.6 Unterstützungsangebote für Koordinator/innen

**Tabelle 73: Wahrnehmung von Veranstaltungen des Fachforums**

	Nicht bekannt		Bekannt, aber nicht wahrgenommen		Wahrgenommen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	4	14 %	11	39 %	13	46 %
Bayern (n=26)	4	15 %	11	42 %	11	42 %
Berlin (n=16)	5	31 %	5	31 %	6	38 %
Brandenburg (n=18)	1	6 %	5	28 %	12	67 %
Hamburg (n=8)	1	13 %	7	88 %	0	0 %
Hessen (n=31)	10	32 %	11	35 %	10	32 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	2	11 %	5	26 %	12	63 %
Niedersachsen (n=22)	6	27 %	8	36 %	8	36 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	12	33 %	10	28 %	14	39 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	2	12 %	5	29 %	10	59 %
Saarland (n=5)	0	0 %	3	60 %	2	40 %
Sachsen (n=21)	3	14 %	9	43 %	9	43 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	1	5 %	8	38 %	12	57 %
Schleswig-Holstein (n=6)	1	17 %	1	17 %	4	67 %
Thüringen (n=23)	7	30 %	7	30 %	9	39 %
Gesamt (N=300)	59	20 %	108	36 %	133	44 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 74: Wahrnehmung vom Weiterbildungsangebot für die Koordinierungs- und Fachstellen der Bundeszentrale für Politische Bildung, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Parts Gesellschaft für soziale Praxis und Projekte mbH**

	Nicht bekannt		Bekannt, aber nicht wahrgenommen		Wahrgenommen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	2	7 %	16	57 %	10	36 %
Bayern (n=26)	1	4 %	12	46 %	13	50 %
Berlin (n=16)	0	0 %	6	38 %	10	63 %
Brandenburg (n=18)	0	0 %	7	39 %	11	61 %
Hamburg (n=8)	1	13 %	4	50 %	3	38 %
Hessen (n=31)	3	10 %	16	52 %	12	39 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	0	0 %	7	37 %	12	63 %
Niedersachsen (n=22)	3	14 %	8	36 %	11	50 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	2	6 %	17	47 %	17	47 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	1	6 %	9	53 %	7	41 %
Saarland (n=5)	0	0 %	4	80 %	1	20 %
Sachsen (n=21)	0	0 %	9	43 %	12	57 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	0	0 %	11	52 %	10	48 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	1	17 %	5	83 %
Thüringen (n=23)	2	9 %	8	35 %	13	57 %
Gesamt (N=300)	15	5 %	135	45 %	150	50 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 75: Wahrnehmung von Coaching**

	Nicht bekannt		Bekannt, aber nicht wahrgenommen		Wahrgenommen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	2	7 %	15	54 %	11	39 %
Bayern (n=26)	1	4 %	11	42 %	14	54 %
Berlin (n=16)	0	0 %	2	13 %	14	88 %
Brandenburg (n=18)	1	6 %	9	50 %	8	44 %
Hamburg (n=8)	1	13 %	0	0 %	7	88 %
Hessen (n=31)	1	3 %	12	39 %	18	58 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	0	0 %	11	58 %	8	42 %
Niedersachsen (n=22)	3	14 %	11	50 %	8	36 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	2	6 %	14	39 %	20	56 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	1	6 %	3	18 %	13	76 %
Saarland (n=5)	0	0 %	4	80 %	1	20 %
Sachsen (n=21)	2	10 %	9	43 %	10	48 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	0	0 %	11	52 %	10	48 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	4	67 %	2	33 %
Thüringen (n=23)	0	0 %	7	30 %	16	70 %
Gesamt (N=300)	14	5 %	123	41 %	163	54 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 76: Wahrnehmung von Beratung/Unterstützung durch die Servicestelle des BAFzA in der Beantragung, Verwaltung und Abrechnung von Fördermitteln**

	Nicht bekannt		Bekannt, aber nicht wahrgenommen		Wahrgenommen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	2	7 %	6	21 %	20	71 %
Bayern (n=26)	5	19 %	3	12 %	18	69 %
Berlin (n=16)	2	13 %	4	25 %	10	63 %
Brandenburg (n=18)	2	11 %	1	6 %	15	83 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	2	25 %	6	75 %
Hessen (n=31)	1	3 %	8	26 %	22	71 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	1	5 %	6	32 %	12	63 %
Niedersachsen (n=22)	4	18 %	4	18 %	14	64 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	2	6 %	11	31 %	23	64 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	2	12 %	2	12 %	13	76 %
Saarland (n=5)	0	0 %	0	0 %	5	100 %
Sachsen (n=21)	1	5 %	6	29 %	14	67 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	1	5 %	5	24 %	15	71 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	1	17 %	5	83 %
Thüringen (n=23)	1	4 %	1	4 %	21	91 %
Gesamt (N=300)	24	8 %	60	20 %	216	72 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 77: Wahrnehmung von Material- und Dokumentenarchiv der IDA-Datenbank**

	Nicht bekannt		Bekannt, aber nicht wahrgenommen		Wahrgenommen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	6	21 %	13	46 %	9	32 %
Bayern (n=26)	7	27 %	10	38 %	9	35 %
Berlin (n=16)	6	38 %	6	38 %	4	25 %
Brandenburg (n=18)	6	33 %	6	33 %	6	33 %
Hamburg (n=8)	3	38 %	3	38 %	2	25 %
Hessen (n=31)	11	35 %	13	42 %	7	23 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	5	26 %	11	58 %	3	16 %
Niedersachsen (n=22)	10	45 %	5	23 %	7	32 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	11	31 %	11	31 %	14	39 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	3	18 %	12	71 %	2	12 %
Saarland (n=5)	0	0 %	3	60 %	2	40 %
Sachsen (n=21)	7	33 %	12	57 %	2	10 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	2	10 %	7	33 %	12	57 %
Schleswig-Holstein (n=6)	1	17 %	5	83 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	4	17 %	13	57 %	6	26 %
Gesamt (N=300)	82	27 %	130	43 %	88	29 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

**Tabelle 78: Wahrnehmung von Landesvernetzungstreffen für die Partnerschaften für Demokratie**

	Nicht bekannt		Bekannt, aber nicht wahrgenommen		Wahrgenommen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=28)	4	14 %	9	32 %	15	54 %
Bayern (n=26)	1	4 %	2	8 %	23	88 %
Berlin (n=16)	1	6 %	1	6 %	14	88 %
Brandenburg (n=18)	4	22 %	1	6 %	13	72 %
Hamburg (n=8)	0	0 %	2	25 %	6	75 %
Hessen (n=31)	3	10 %	3	10 %	25	81 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=19)	1	5 %	2	11 %	16	84 %
Niedersachsen (n=22)	3	14 %	2	9 %	17	77 %
Nordrhein-Westfalen (n=36)	3	8 %	2	6 %	31	86 %
Rheinland-Pfalz (n=17)	0	0 %	0	0 %	17	100 %
Saarland (n=5)	1	20 %	0	0 %	4	80 %
Sachsen (n=21)	1	5 %	0	0 %	20	95 %
Sachsen-Anhalt (n=21)	1	5 %	0	0 %	20	95 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	0	0 %	6	100 %
Thüringen (n=23)	1	4 %	0	0 %	22	96 %
Gesamt (N=300)	24	8 %	24	8 %	252	84 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300).

### 3.6.1 Inhaltliche Schwerpunkte der Unterstützungsbedarfe

**Tabelle 79: Gesamt: Inhaltliche Themenstellungen, zu denen sich die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle Fortbildungsangebote wünschen**

	Absolut	In Prozent
Jugendpartizipation	101	34 %
Netzwerkarbeit/Netzwerkmanagement	79	26 %
Öffentlichkeitsarbeit	53	18 %
Situationsanalyse	7	2 %
Rechtsextremismus, Rechtspopulismus etc.	15	5 %
Islamismus	3	1 %
Linksextremismus	2	1 %
Demokratiebildung	18	6 %
Integration und/oder Teilhabe	15	5 %
Projektmanagement	40	13 %
Inhalte und/oder Struktur des Programms in der zweiten Förderphase	5	2 %
Verwaltungs- und/oder Zuwendungsrecht	26	9 %
Beratung	7	2 %
Gesprächsführung, Moderation, Mediation, Konfliktmanagement	62	21 %
(langfristige) Strategieentwicklung	13	4 %
Motivation und/oder Aktivierung von (neuen) Akteure (Bürger-)Beteiligung	37	12 %
Umgang mit Anfeindungen und Bedrohung	32	11 %
Sonstiges	44	15 %
Ungültige Angabe	26	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300). Mehrfachnennungen sind möglich.



**Tabelle 80: Bayern: Inhaltliche Themenstellungen, zu denen sich die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle Fortbildungsangebote wünschen**

	Absolut	In Prozent
Jugendpartizipation	10	38 %
Netzwerkarbeit/Netzwerkmanagement	7	27 %
Öffentlichkeitsarbeit	5	19 %
Situationsanalyse	0	0 %
Rechtsextremismus, Rechtspopulismus etc.	3	12 %
Islamismus	0	0 %
Linksextremismus	0	0 %
Demokratiebildung	2	8 %
Integration und/oder Teilhabe	0	0 %
Projektmanagement	6	23 %
Inhalte und/oder Struktur des Programms in der zweiten Förderphase	0	0 %
Verwaltungs- und/oder Zuwendungsrecht	3	12 %
Beratung	0	0 %
Gesprächsführung, Moderation, Mediation, Konfliktmanagement	2	8 %
(langfristige) Strategieentwicklung	0	0 %
Motivation und/oder Aktivierung von (neuen) Akteure (Bürger-)Beteiligung	5	19 %
Umgang mit Anfeindungen und Bedrohung	1	4 %
Sonstiges	3	12 %
Ungültige Angabe	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Bayern (n=26). Mehrfachnennungen sind möglich.

**Tabelle 81: Gesamt: Inhaltliche Themenstellungen, zu denen sich die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle kollegiale Beratung wünschen**

	Absolut	In Prozent
Jugendpartizipation	33	11 %
Strategie-/Programmentwicklung	10	3 %
Projektmanagement	17	6 %
Öffentlichkeitsarbeit	17	6 %
Netzwerkarbeit/-management	64	21 %
Verwaltungs- und/oder Zuwendungsrecht	10	3 %
Begleitung/Beratung/Mediation	11	4 %
Situationsanalyse	2	1 %
Aktivierung von (neuen) Akteuren	101	34 %
Bedrohungslagen/shrinking spaces	61	20 %
Veranstaltungsmanagement	7	2 %
GMF, Demokratieförderung	10	3 %
Sonstiges	14	5 %
Ungültige Angabe	59	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300). Mehrfachnennungen sind möglich.

**Tabelle 82: Bayern: Inhaltliche Themenstellungen, zu denen sich die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle kollegiale Beratung wünschen**

	Absolut	In Prozent
Jugendpartizipation	4	15 %
Strategie-/Programmentwicklung	2	8 %
Projektmanagement	0	0 %
Öffentlichkeitsarbeit	3	12 %
Netzwerkarbeit/-management	4	15 %
Verwaltungs- und/oder Zuwendungsrecht	3	12 %
Begleitung/Beratung/Mediation	1	4 %
Situationsanalyse	0	0 %
Aktivierung von (neuen) Akteuren	9	35 %
Bedrohungslagen/shrinking spaces	5	19 %
Veranstaltungsmanagement	1	4 %
GMF, Demokratieförderung	0	0 %
Sonstiges	0	0 %
Ungültige Angabe	3	12 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Bayern (n=26). Mehrfachnennungen sind möglich.

**Tabelle 83: Gesamt: Inhaltliche Themenstellungen, zu denen die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle kollegiale Beratung anbieten können**

	Absolut	In Prozent
Jugendpartizipation	40	13 %
Strategie-/Programmentwicklung	12	4 %
Projektmanagement	12	4 %
Öffentlichkeitsarbeit	23	8 %
Netzwerkarbeit/-management	82	27 %
Verwaltungs- und/oder Zuwendungsrecht	20	7 %
Begleitung/Beratung/Mediation	18	6 %
Situationsanalyse	2	1 %
Aktivierung von (neuen) Akteuren	24	8 %
Bedrohungslagen/shrinking spaces	16	5 %
Veranstaltungsmanagement	11	4 %
GMF, Demokratieförderung	31	10 %
Demokratieentwicklung im ländlicher Raum	7	2 %
Sonstiges	31	10 %
Ungültige Angabe	61	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 (N=300). Mehrfachnennungen sind möglich.

**Tabelle 84: Bayern: Inhaltliche Themenstellungen, zu denen die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle kollegiale Beratung anbieten können**

	Absolut	In Prozent
Jugendpartizipation	3	12 %
Strategie-/Programmentwicklung	1	4 %
Projektmanagement	2	8 %
Öffentlichkeitsarbeit	1	4 %
Netzwerkarbeit/-management	6	23 %
Verwaltungs- und/oder Zuwendungsrecht	1	4 %
Begleitung/Beratung/Mediation	0	0 %
Situationsanalyse	0	0 %
Aktivierung von (neuen) Akteuren	2	8 %
Bedrohungslagen/shrinking spaces	1	4 %
Veranstaltungsmanagement	0	0 %
GMF, Demokratieförderung	1	4 %
Demokratieentwicklung im ländlicher Raum	0	0 %
Sonstiges	1	4 %
Ungültige Angabe	7	27 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2019 aus Bayern (n=26). Mehrfachnennungen sind möglich.





Institut für Sozialarbeit  
und Sozialpädagogik e. V.  
Zeilweg 42  
60439 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 /95789-0  
Telefax +49 (0) 69 /95789-190  
E-Mail [info@iss-ffm.de](mailto:info@iss-ffm.de)  
Internet [www.iss-ffm.de](http://www.iss-ffm.de)

